

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1925**

138 (18.6.1925)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 A ohne Zustellung. Einzelheft 10 A. Samstags 15 A. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 A. auswärts 25 A. Reklamen 80 A. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von Ged & Cie., sämtliche in Karlsruhe.

### Von den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen

#### Bauarbeiterstreiks in Baden

Mannheim, 17. Juni. Nachdem im Baugewerbe bereits in Mittel- und Oberbaden Streiks ausgebrochen sind, ist nunmehr der Streik auch für das Wirtschaftsgebiet Mannheim-Ludwigs-hafen angehängt worden. Die Maurer, die gegenwärtig einen Lohn von 1.10 M. haben, fordern 1.25 M., die Zimmerer 1.37 M. Außerdem werden Ferien gefordert, Bezahlung der Arbeitsver-säumnisse, Verweigerung von Mehrarbeit, Erschwerung der Affordarbeit, Beurlaubungsregelung, Regelung der Poliergehälter in den Arbeiterkassen usw. Die Arbeitgeber des Ludwigs-hafener Baugewerbes haben gleichzeitig mit Mittel- und Ober-baden den badischen Landespräsidenten zur Entscheidung ange-rufen.

#### Die Aussperrung im Holzgewerbe

Karlsruhe, 17. Juni. Die für Mittwoch, 17. Juni, vormit-tags 10 Uhr, vor dem Schlichtungsausschuß Karlsruhe angefeh-ten Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen in der badis-chen Holzindustrie wurden auf Antrag der Arbeitgeber auf Montag, 22. Juni, vormittags 10 Uhr vertagt, weil vom Reichs-arbeitsministerium beim Schlichtungsausschuß die telefonische Mitteilung einging, daß am Mittwoch, 17. Juni, nachmittags eine unverbindliche Aussprache der beiden Zentralverbände stattfindet. Diese Aussprache soll erst abgearbeitet werden.

Berlin, 16. Juni. Nach den bisher vorliegenden Nachrich-ten stellt sich die Gesamtzahl der ausgesperrten Holzarbeiter auf etwa 29 000 Mann. Es ist möglich, daß noch eine weitere Stei-gerung eintritt, wenn die bereits für Donnerstag angekündigte Aussperrung in Düsseldorf, Köln und dem linksrheinischen Ge-biet durchgeführt wird. Auch dann noch gibt sich die Leitung des Arbeitgeberverbandes lebhafte Mühe, das Aussperrungsgebiet zu erweitern. Es wird von der Unternehmerorganisation auch die bevorstehende Aussperrung in Bremen, Oldenburg und Ost-friesland in Aussicht gestellt, obwohl dort bisher gar keine Lohn-forderungen gestellt, geschweize denn Verhandlungen geschlossen worden wären.

Die Aussperrung im bayerischen Holzgewerbe hat sich bis-her nur in den Großstädten München und Nürnberg-Fürth aus-gebreitet, wo der größere Teil der Großbetriebe die Arbeiter-schaft entlassen hat. Der Rest der Betriebe soll der Aussperrung noch in dieser Woche folgen. Die Großbetriebe in Augsburg haben sich bisher an der Aussperrung nicht beteiligt. Die Aussperrung in Bayern wird überhaupt infolge nur partiell sein, als der

bayerische Schreinermeister-Verband, dessen Mitglieder rund 5000 Holzarbeiter gegen 8000 in den Großbetrieben beschäftigten, sowie auf Grund eines freien Schiedsgerichts mit seinen Arbeit-ern unter sofortiger Wirkung in ein neues Vertragsverhältnis eingetreten sind.

Dresden, 19. Juni. Der Verband sächsischer Tischlermeister beschäftigte sich in einer Vertreterversammlung mit dem Aus-sperrungsbescheid des Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe und stellte fest, daß die Verhandlungsmöglichkeiten nicht erschöpft worden seien. Die Pflicht des Reichsschlichters sei es, möglichst bald einen Versuch zur Einigung zu machen, um dem schmerz-lichen Wirtschaftskampf ein Ende zu bereiten.

Düsseldorf, 17. Juni. Die hiesigen Holzindustriellen haben die Aussperrung ihrer Arbeiterschaft beschlossen. Die Still-legung der Betriebe soll sofort erfolgen.

#### Straßenbahnerstreik in Leipzig

Leipzig, 17. Juni. Wie die Abendblätter melden, ist das in den Werkstätten und in den Bahnhöfen der großen Leipziger Straßenbahn beschäftigte technische Personal heute früh in den Streik getreten. Es wird versucht, den Bahnbetrieb aufrecht zu erhalten.

#### Safenarbeiterstreik in Duisburg

Duisburg, 17. Juni. Die Safenarbeiter haben den Schieds-spruch für die Beilegung des Konflikts im Duisburger-Mühlortler Safenstreik mit großer Mehrheit angenommen. Die Arbeit-geberorganisation, der Safenbetriebsverein hat dagegen den Schiedspruch abgelehnt. Daraufhin haben die Safenarbeiter beschlossen, in den Streik einzutreten. Gleichzeitig wurde Ver-bindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beantragt.

#### Gemeindearbeiterstreiks in Hessen-Nassau

Kassel, 18. Juni. Der Streik der hiesigen Arbeiter hat über Kassel hinaus auch auf andere größere Orte des hessen-nassauischen Wirtschaftsverbandes übergegriffen. So sind in Schwesee und Fulda die Gemeindearbeiter bereits in den Aus-stand getreten, während in Bad Nauheim, Friedberg und Wehlar der Streik am Donnerstag beginnen soll. Es besteht die Ver-sicherung, daß sich der Streik über ganz Hessen-Nassau und einen Teil Oberhessens ausbreiten wird. In Kassel selbst ist die Lage unbeständig. Die Straßenbahnen mußten den Betrieb vollständig einstellen. Den Zeitungen ist die Kraftentnahme verboten, so daß morgen nur Zeitungen mit eigenen Accumula-toren erscheinen können.

### Die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts

#### Für die Erringung des Achtstundentages

Auf dem VII-Kongress in München ließ der Di-rector des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, folgende Botschaft verlesen:

Das, was uns alle in diesem Augenblicke beschäftigt, ist das erste Problem des Achtstundentages, das im Mittelpunkt aller Arbeitnehmerforderungen bleibt. Das feierliche Versprechen einer Höchstdauer eines Arbeitstages von 8 Stunden ist in den Friedensverträgen festgelegt worden, die auf diese Weise eine der ältesten Forderungen der internationalen Arbeiter-schaft anerkennen und durch diese Reform eine Aera der sozialen Gerech-tigkeit und Wiedererhöhung der Völker einleiten wollten. Die Konvention von Washington hat diese Höchstdauer von acht Stunden erneut festgelegt. Aus den Verhältnissen geborene Schwierigkeiten und Widerstände haben bisher die großen Staaten gehindert, die Versprechungen einzuhalten und die Kon-vention von Washington zu ratifizieren. Die Arbeitnehmerschaft wartet aber darauf und sieht mit Beunruhigung, daß nach sechs-jährigen Anstrengungen die deutsche und die euro-päische Wirtschaft noch nicht ihr Gleichgewicht wiedergefunden haben.

In diesen schwierigen Stunden ist zwischen all denen die Fühlungnahme mehr als jemals notwendig, die den Grundsat-z des Achtstundentages vertreten und seine Durchführung er-langen wollen. Das Internationale Arbeitsamt bringt Ihnen seine tätige Mitwirkung. Gewiss sind wir gehalten, mit äußer-ster Zurückhaltung die Souveränität jedes Mitgliedsstaates unserer Organisation zu achten, und es kommt uns nicht zu, den Entscheidungen der Regierungen entgegenzutreten. Aber das, was wir tun können und müssen, um unserer Aufgabe treu zu bleiben, das ist, ohne Unterbrechung unserer Überzeugung für den Grundsat-z des Achtstundentages Ausdruck zu geben und die wirtschaftlichen und moralischen Werte seiner Durchführung zu betonen. Dazu gehört auch, mit aller Kraft diejenigen zu un-terstützen, die mutig für den sozialen Fortschritt und den inter-nationalen Frieden kämpfen.

Was wir auch für Widerstände vorfinden werden, ich habe Vertrauen. Die Idee des Achtstundentages ist im Ver-marsch. Das konnte vor einiger Zeit in England beobachtet werden, wo das Unterhaus einen Gesetzentwurf zur Verfertigung der Arbeitssat, der von Mitgliedern der Labour Party einge-bracht worden war, zwar abgelehnt, aber gleichzeitig ermie-delt hat, den Grundsat-z des Achtstundentages anzutasten. Uebri-gens ist in England der Achtstundentag schon weitgehend auf dem Wege des Tarifvertrages durchgeführt. Es gibt hier also keine unüberwindlichen Hindernisse, um die Konvention von Washington zu ratifizieren. Man kann vielmehr aus dem im April und später gehaltenen Reden von Baldwin und Stoeckel-Maitland schließen, daß das britische Kabinett ebenfalls bereit ist, auf eine Ratifikation hinzuwirken. In Frankreich sind die vorbereitenden Arbeiten dazu bereits beendet. Ein Gesetzent-wurf, der die Ratifikation unter der Bedingung vorzieht, daß das Deutsche Reich ebenfalls ratifiziert, ist in der Kammer ein-gebracht worden und ich habe guten Grund zu der Annahme, daß über ihn bald verhandelt werden wird. Im deutschen Reich wird nach den letzten mir ausgegangenen Mitteilungen ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der, wie zu hoffen ist, ebenfalls den Grundsatzen der Konvention von Washington entsprechen und die Ratifikation erlauben wird. In den großen indu-striellen Ländern Europas macht sich also, trotz aller vorüber-gehenden Schwierigkeiten eine gleichlaufende Bewegung für die Anerkennung des Grundsatzes des Achtstundentages geltend.

Für die Erreichung dieses Zieles strengen die Gewerkschafts-verbände aller Länder ebenfalls ihre besten Kräfte in schar-fer, unablässiger Arbeit an. In diesem Sinne beauftragte ich die VII und ihre große Arbeit und Kollaborationsarbeit. Durch die enge Verbindung die Sie zwischen den Geis- und Handarbeitern zwischen den Angestellten- und Arbeitergewerkschaften herstellt haben, ist in allen Kreisen der Arbeitnehmer eine große solida-rische Bewegung geschaffen, deren Auswirkungen sich schon bis über die deutschen Grenzen bemerkbar machen.

Diese Solidarität suchen wir ebenfalls im Innern unserer Internationalen Arbeitsorganisation durch die tätige Mitarbeit aller Länder zu verwirklichen. Ich darf wohl sagen, daß nie-mand besser als ich den Wert und die Wichtigkeit der deutschen Mitarbeit versteht und daß ich bemüht bin, Deutschland den Platz zu geben, auf den es Anspruch hat. Das Deutsche Reich ist mit unter den acht großen industriellen Staaten, die eine Vertretung im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeits-amtes haben. Wir erhöhen unablässig die Zahl der Berufs-stellungen des Amtes in deutscher Sprache. Immer wird aber noch von einem Teil der deutschen Presse der Vorwurf erhoben, daß wir in unseren Verhandlungen der deutschen Sprache nicht den gebührenden Platz einräumen und daß wir im Amt nur eine geringe Zahl deutscher Beamten haben. Ich habe nicht den Eindruck, daß diese Schwierigkeiten, die oft ihren Grund in materiellen und technischen Ursachen haben, völlig unüber-windlich seien. Der Einfluß Deutschlands wächst durch die Tätig-keit seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und seiner tätigen Mitarbeit an den Internationalen Institutionen. Ich hoffe deshalb, daß eines Tages die deutsche Sprachfrage zur allgemeinen Befriedigung gelöst werden kann.

Auf der letzten Arbeitskonferenz hat jede Delegation in voller Freiheit und der ihr aufgebenden Weise ihrer Meinung, Ausdruck geben können. Dank des Gemeinschaftsgeistes und des Vertrauens, die sich unter den Mitgliedern der internationalen Institutionen infolge der immer besseren gegenseitigen Kennt-nis herabzubilden, ist gute Arbeit geleistet worden und wir haben Entwürfe für einige Reformen aufgebracht, welche die verschiedenen Regierungen nunmehr in ihre nationale Ge-

### Der Kampf um die Wucherzölle beginnt

Berlin, 18. Juni. (Eig. Funddienst.) Am kommenden Montag wird im Reichstag die erste Lesung des Zolltarifs stattfinden. Damit beginnt für uns der par-lamentarische Kampf gegen den Zollwucher. Für unsere Fraktion werden im Plenum Genosse Wiffel und Genossin Toni Sen der sprechen. Die Vorlage wird unmittelbar an den Ausschuss gehen, wo sich in wochenlanger Arbeit Freunde und Gegner der Zölle auseinandersetzen haben werden. Da der Reichstag, der ursprünglich schon am 4. Juli seine Sommer-sitze beginnen lassen wollte, auch jetzt nur noch bis zum 18. Juli zusammen bleiben will, also nur eine verhältnismäßig kurze Zeit übrig hat, regen sich in der Presse der Zöllner sehr lebhaft durchzusetzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht in ihrer heutigen Morgenausgabe die Regierungsparteien scharf gegen die Sozialdemokratie. Sie geht von der richtigen Voraussetzung aus, daß die Führung der Opposition bei der Sozialdemokratie liegt, und daß diese einen entschlossenen, das Volk anführenden Kampf führen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von angeblichen Diktationsnotizen der Sozialdemokratie und fügt hinzu:

„Bei ihrer veridischen Taktik scheitern dabei die Genossen auf Abklärungsbesprechungen, die nun einmal innerhalb der bürgerlichen Parteien vorhanden sind, und unter Umständen der sozialdemokratischen Taktik zum Siege verhelfen können. Hierzu kommt noch eine gewisse Bequemlichkeit, die sich leider bis weit nach rechts hinein unter den Abgeordneten seit längerer Zeit breit macht und die natürlich immer Gelegenheit zu Ueberraschungsfragen der sehr viel aufmerksameren Linken bietet. Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Tatsache, daß das Reichstagspräsidium sich in Händen der Sozialdemokratie befindet. Wenn wir Herrn Präsidenten Loche auch nicht den Vorwurf parteilicher Geschäftsführung machen wollen, so bietet doch die Geschäftsordnung wie die Geslossenheit der Fraktionen Gelegenheit genug, um ohne jede Verletzung der Sachlichkeit in der Leitung auch den Parteiwünschen zum Rechte zu verhelfen.“

In einem moq die „Deutsche Tageszeitung“ recht haben: Gegen werden die kommenden Reichstags-sitzungen nicht sein, und die Zollpartei werden schon alle brennendsten Abgeordneten mobilisieren müssen.

#### Kundgebung gegen die Zollvorlage

Berlin, 18. Juni. Der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hielt gestern abend eine Kundgebung gegen die Zollvorlage in Deutsch-land ab.

### Die Sozialisten und das Kabinett Painlevé

#### Aneinanderfallen des Linkskartells

Paris, 18. Juni. (Eigener Funddienst.) Auch die neue Konferenz, zu der Mittwoch abends die sozialistische Fraktion und der Parteivorstand zusammengetreten war, hat ein definitives Ergebnis noch nicht gebracht. Die Sitzung mußte nach Mitternacht abgebrochen werden, da bis dahin die Rednerliste noch nicht erschöpft war. In der Diskussion, an der u. a. Leon Blum, Renaudel, Baranne, Aurio, Faure, Grumbach und Braque teilnahmen, herrschte Einstimmigkeit darin, daß die Politik des Ministeriums Painlevé nicht mehr die Politik des 11. Mai sei, der die Sozialisten ihre Unterstützung zugesagt hatten. Die Mehrzahl aller Redner forderte deshalb kategorisch und unweil-beutig die Aufgabe der bisherigen Politik der Partei und schärfte Opposition gegen das Ministerium. Der Generalsekretär der Partei, Faure, teilte mit, daß die 4000 Verbände sich gegen jede Fortsetzung der bisherigen Politik ausgesprochen hätten, und daß unter diesen Umständen die Fraktion dem Mi-nisterium Painlevé das Vertrauen kündigen müsse. Als Wort-führer des rechten Flügels wendete der Abgeordnete Moutet dagegen ein, daß die Partei einen schweren taktischen Fehler be-gangen würde, wenn sie die Verantwortung für das Auseinander-fallen des Kartells allein übernehmen würde. Die von dieser Seite gemachten Vorschläge, die übrigen Parteien des Kartells zu einer Kartellversammlung einzuladen und in einer Bepre-chung mit dem Ministerpräsidenten das Terrain für eine Ver-handlung zu suchen, erregte bei der Mehrheit heftigsten Wider-spruch. Wenn auch definitive Beschlüsse der für Donnerstag abend einberufenen neuen Konferenz, an der wieder außer den Vertretern der Fraktion der Parteivorstand teilnehmen wird, vorbehalten sind, so kann doch bereits kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die überwiegende Mehrheit der verantwortlichen Parteimitglieder sich für das Ende der Unterstützungspolitik ent-scheiden werde.

#### Mannheimer Kommunistenprozess

Leipzig, 17. Juni. Im Mannheimer Kommunisten-prozess wurde am Mittwoch das Urteil gefällt. Der Angeklagte Hans wird wegen Vergehens gegen § 7 des Reichsstaatsge-setzes und wegen Vergehens gegen § 7 des Reichsstaatsge-setzes sowie unbefugten Waffensbesitzes zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Jahr und die Geldstrafe gelten als Busch die Untersuchungszeit verbüßt.



hebung übernehmen können. Hier Uebereinstimmenswürde sind angenommen worden über die Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Arbeiter, über das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, über die Entschädigung von Arbeitsunfällen und über die Entschädigung bei Berufskrankheiten. Gewiß ist das nur ein Teil der uns obliegenden Arbeiten. Ein weites Feld öffnet sich unserer Tätigkeit, und es wird morgen wie heute die Hilfe aller großen Hilfsorganisationen und das Vertrauen aller Arbeitnehmer notwendig bleiben, um den Nachwirkungen des Krieges, das wirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört, die Produktion und der Austausch der Güter sind oft noch zu regeln und die Arbeitnehmer fürchten vielfach für ihre Rechte und ihre Zukunft. Sozialer Fortschritt und wirtschaftliche Solidarität sind die Grundlagen des Weltfriedens, nach dem sich die gesamte Welt der Arbeit lehnt. Unser Werk ist das Ihre. Vereinigen wir unsere Kräfte, um schneller und sicherer unser Ziel zu erreichen. Ich begrüße in Ihrem Kommando und der wachsenden Bedeutung der AN die Ankündigung der neuen Ära, in der die wiedererwachten Völker keine anderen Wünsche und Ziele haben als die Arbeit und den Frieden.

### Die Zollwucherei und der Reichswirtschaftsrat

Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats über die Getreide- und Futtermittelzölle ist gewissermaßen ein Kompromiß zwischen der Vorlage der Regierung und den Wünschen der verschiedenen Interessenten, die sich mit ihren Forderungen natürlich auch im Reichswirtschaftsrat durchzusetzen veruchten. Wenn die Regierung in diesen Punkten vor dem Reichswirtschaftsrat eine glatte Niederlage erlitten hat, so erklärt sich das teilweise durch die in den letzten Tagen zwischen den einzelnen Interessengruppen eingetretene Verschärfung. Angesichts dieser Entwicklung sind augenscheinlich eine ganze Reihe von Kompromissen in der Wirtschaft, die im Laufe der Tarifverhandlungen mit zum Teil mit und teilweise ohne amtlichen Segen geschlossen worden sind, einfach in die Brüche gegangen. So wurde der Landwirtschaft der Minimalsoll und auch der Goldwertungsoll abgelehnt. Diese Ablehnung dürfte zu weiteren Folgen in dem Verhältnis zwischen der Landwirtschaft und Industrie führen, da die Landwirtschaft in den letzten Tagen ihre Kompromißneigung gegenüber der Industrie geradezu von dem Goldwertungsoll abhängig gemacht hat.

Im Anschluß an die Ablehnung der gleitenden Zölle, die schon in der Nachkriegszeit eingeführt werden sollen, und für die sich auch in letzter Zeit in Deutschland viel Interesse bemerkbar machte, nahm der Ausschuß den Antrag Kraemer an, nach dem schon in der kleinen Zollvorlage autonome Getreide- und Futtermittelzölle einzuführen sind. Wie wir erfahren, wird die Landwirtschaft mit Hilfe dieser Entschädigung versuchen, mindestens über den Vorschlag der Regierung hinausgehende Zölle durchzusetzen. Die Arbeitnehmervertreter haben aus bestimmten Gründen gegen die Entschädigung Kraemer gestimmt. Sie wandten sich auch gegen die gleitenden Zölle aus dem Grunde, weil eine solche Regelung die Einführung von Getreidezöllen auf jeden Fall erleichtert.

Eine besondere Erwähnung in dem Gutachten des Reichswirtschaftsrats verdient die Befassung des Antrages auf Schaffung eines sozialen Ausgleichsfonds in Höhe von 150 Millionen Mark, die zu gleichen Teilen für die Aufwertung der Vermögen der sozialen Versicherungsträger, für die Erwerbslosenfürsorge und für die Förderung ländlicher Siedlungen verwendet werden soll. Die Arbeitnehmervertreter bezeichneten diesen Fund als Brautramen, der von der Mehrheit der Agrarier zu Boden falle, und von den Massen durch den Getreidezoll bezahlt werden müsse. Der Antrag wurde — auch im Ausschuß — beifällig verworfen, weil er durchaus geeignet erschien, den Blick von den großen Gesichtspunkten abzulenken, die für die Erledigung der Zollfrage ausschlaggebend sein müssen.

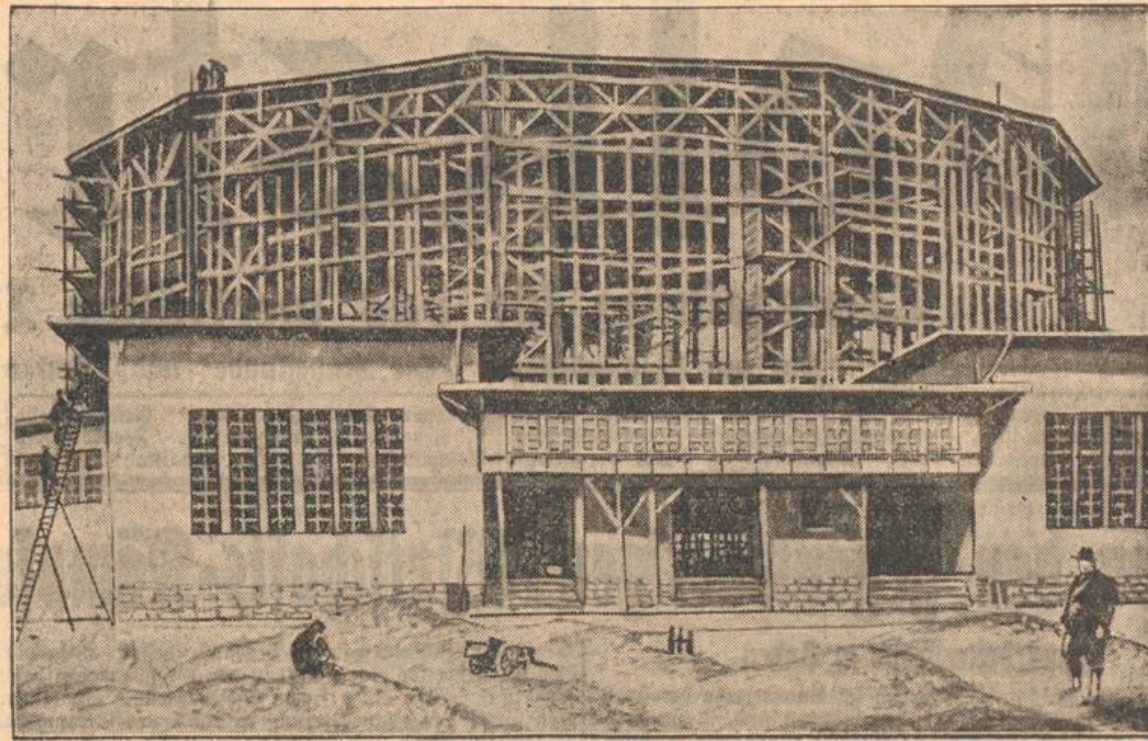
Im Laufe der Verhandlungen haben eine Reihe von Sachverständigen darauf aufmerksam gemacht, daß die Agrarzölle eine neue Feuerzange auslösen müssen. Man glaubt ihr die Spitze abzubrechen, wenn man die Spanne zwischen den Erzeuger- und den Detailpreisen, die seit dem Kriege außerordentlich gestiegen ist, vermindert. Dementsprechend wurde eine Entschädigung angenommen, daß der Reichswirtschaftsrat sich mit der Frage der Preispanne eingehend beschäftigen soll.

Den Hinweis auf die Preispanne hat schon der Reichslandwirtschaftsminister Graf Ranitz gelegentlich der Veröffentlichung der Zollvorlage vom 10. Juni 1924 gebraucht, um die Gemüter zu beschwichtigen. Er hat sogar die Gewerkschaften das Versprechen gegeben, Preisfortschritte vorzunehmen. Ein Jahr ist seitdem verstrichen, aber die Preise sind weiter gestiegen. Wir sind überzeugt, daß auch der Reichswirtschaftsrat durch seine Beratungen an der fortschreitenden Feuerzange infolge der Agrarzölle nichts ändern wird. Den Bemühungen im Reichswirtschaftsrat um die Preispanne wird, wie wir befürchten, kein anderes Los beschieden sein wie der Textil- und Lederindustrie.

### Ein schwarz-weiß-roter Patriot

Leipzig, 16. Juni. Mit welchen Mitteln in rechtsradikalen Organisationen gearbeitet wird, zeigte am Dienstag eine Verhandlung vor dem 4. Strafsenat, des Reichsgerichts in Leipzig. Hier hatte sich wegen versuchten Landesverrats der Personalreferent Max Rud. Audt, führendes Mitglied des Wikingbundes aus Charlottenburg zu verantworten. Er wird beschuldigt, wichtiges Material und wichtige Dokumente von Rechtsradikalen der interalliierten Kommission in Berlin ausgehändigt zu haben. Am 3. Januar 1925 wendete er sich telefonisch an die interalliierte Kommission, das Gespräch wurde überwacht und ein Kriminalbeamter stellte sich an das Brandenburger Tor. Darauf erschien auch der Angeklagte und überreichte dem Beamten, von dem er annahm, daß er ein Mitglied der interalliierten Kommission sei, Material über die Verbindung der Reichswehr mit den rechtsradikalen Organisationen und andere wichtige Schriftstücke. Bereits am Dezember 1923 hatte Audt versucht, das Material dem preußischen Innenministerium und der Polizei in Berlin gegen Bezahlung auszubändigen, wurde aber abgewiesen. Audt erwiderte, daß er aus Gründen, die er verschweigen müßte, in das preußische Ministerium gegangen sei. Anfang Januar habe er einen Brigadeführer vom Wikingbund erhalten, unterzeichnet mit „Kapitän Ehrhardt“, dem Führer des Wikingbundes, indem er aufgefordert wurde, Mitglieder der interalliierten Kommission zu überwachen, die im Verdacht stehen, Deutsche zur Spionage zu veranlassen. Diese Mitglieder der interalliierten Kommission sollten dem Wikingbund ausgeliefert werden. Deshals habe er sich mit der interalliierten Kommission in Verbindung gesetzt. Aus wirtschaftlicher Not habe er nicht Landesverrat verübt. Durch Beweisaufnahmen wurde Audt des versuchten Landesverrats überführt. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Jahren 5 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

### Kindergesundheitswoche im Ruhrgebiet



Ansicht der großen Rundhalle

Die größte Kohlenstadt des Kontinents, Gelsenkirchen, besitzt jetzt die größte Holzbaufunktions-Rundhalle der Welt (Baurat Arendt, Baumeister Grage), worin demnächst durch eine Kindergesundheitswoche großen Stills unter Heranziehung von Kindermassenorganisationen und Hervortretung des positiv Gesunden in neuartiger und drastischer Weise die Bevölkerung zu hygienischem Leben aufgerufen werden wird.

### Deutschnationale und Stressemann

Die Demagogie der Deutschnationalen, die in der Reichsregierung maßgebenden Einfluß haben und trotzdem ihre Agitatoren im Lande gegen die Politik der Reichsregierung Sturm laufen lassen, als ob die Deutschnationalen die Hauptstreiter aus dem Lager der Opposition seien, steigt ins Ungeheuerliche. In einem in Bremen erscheinenden völkischen Ratgeber veröffentlicht ein Deutschnationaler, namens Werner Kropf einen Artikel gegen den Außenminister Stressemann, in dem folgende Stellen vorkommen: „Diesen Mann brennen nicht die Wangen vor Scham beim bloßen Gedanken ein ferndeutsches Land wie Elb- und Ostpreußen für immer dem Feind ausgeliefert zu haben und kein Wutgeschrei durchbraut die Lande und bläßt dem Zerfall sein Fladerleben aus. Wie lange muß Deutschland diesen eiteln, unfähigen Schwächer noch dulden, der nur in einem Punkte, in der Klebhaftigkeit, mit der er an seinem Posten festhält, ein Riese ist. Wie lange darf dieser Klaffler des Wahnsinns noch in der Politik herumtrotzen, der ein wahres Vorbild des wegen seiner Intelligenz berühmten Vierfüßlers ist? Der nichts kann als Ja zu allem zu sagen, zu den erbärmlichsten Forderungen und froh ist, wenn er zum Lohn dafür Dikteln zu fressen bekommt. Bevor dieser Stümper nicht unschädlich gemacht ist, können wir vergebens auf einen Silberstreifen am politischen Horizont warten.“

### Stinnes hatte eine Ahnung

Im November 1920 tagte im Sitzungssaal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses ein Ausschuß, der sich mit Fragen der Bergbauverstaatlichung befaßte. Dieser Ausschuß war zusammengesetzt aus Mitgliedern des Reichskohlen- und des Reichswirtschaftsrats. Es wurden sehr viele Reden für und gegen die Verstaatlichung gehalten. Auch Herr Stinnes hielt eine Programmrede, in der er selbstverständlich die Verstaatlichung ablehnte, sich dafür aber für die Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau begeisterte, natürlich so, wie er sie auffaßte. Unter Gemeinwirtschaft im Kohlenbergbau verstand er nämlich die vertikale Verknüpfung der Wirtschaft. Er wies auf den Zusammenhang des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes, der Roddergrube und der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft hin und deutete weitere kommende Konzentrationen an. Als der Stinnes-Konzern als Gemeinwirtschaft. Doch dies nur nebenbei. In dieser Programmrede sprach Herr Stinnes prophetische Worte über die Zukunft seines Konzerns, so daß man fast meinen könnte, er habe die Spitze von 1925 vorausgesehen. Diese jetzt sehr zeitgemäßen Sätze lauten nach dem von Herrn Stinnes fortgesetzten Stenogramm:

„Mit Herrn Dr. Silberberg bin ich weiter einer Meinung, daß wir in einer weiteren Richtung gefehlt haben. Wir müßten dafür sorgen, daß die guten Köpfe aus der Arbeitererschaft erzogen und angeleitet werden, so daß sie schließlich in die höheren Stellen aufrücken können. Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß der Reichstag in der Etern im allgemeinen nicht gerade einen guten Einfluß auf die geistige Entwicklung der Nachkommen ausübt. Vielleicht ist das eine Art ausgleichender Gerechtigkeit. Wer das überlegt, muß dafür sorgen, daß aus der großen Suppenkassette der Arbeitererschaft die Gettaugen nach oben kommen und an die Stelle der verbrauchten Familien treten können.“

Ohne Stinnes' Erben — Hugo und Edmund — in bezug auf ihre geistigen Fähigkeiten weiter nabetreten zu wollen — können wir doch nicht umhin, angesichts der Krise des Stinnes-Konzerns, die von vielen als „ausgleichende Gerechtigkeit“ empfunden wird, auf diese jetzt wahrhaft zeitgemäßen Worte des alten Stinnes zu erinnern. Aus anderer Quelle erfuhr kürzlich die Öffentlichkeit, daß der alte Stinnes nachdenklich und noch schweigsamer als gewöhnlich wurde, wenn man ihn fragte, was aus seinem Konzern werden würde, wenn er nicht mehr die Zügel in der Hand halten würde. Er scheint schon damals gefürchtet zu haben, daß die ausgleichende Gerechtigkeit im Einfluß seines Reichtums auf die geistigen Fähigkeiten von Edmund und Hugo zutage treten könnte. Immerhin haben Edmund und Hugo, wenn sie post festum dieses Nichtanerkennens des eigenen Vaters gegen ihre Fähigkeiten zu Gesicht bekom-

men, die Genugtuung, daß er ihnen gleichzeitig den Entschuldigungsgrund mitgeliefert hat. Sie können sagen: nicht wir, der Vater war schuld; denn — er war zu reich.

### Die neue Personalabbau-Verordnung

Jähre und erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokratie

Der gegenwärtig dem Reichsrat vorliegende Gesetzentwurf über eine zweite Änderung der Personalabbauverordnung acht im Laufe dieser Woche dem Reichstag zu. Im Gegensatz zur alten Vorlage vom Februar ds. Js., die nur eine teilweise Aufhebung des Abbaues vorsah, enthält die neue die Bestimmung, daß der allgemeine Personalabbau in sämtlichen Reichsverwaltungen und bei den Versicherungsämtern eingestellt wird. Die Mindestwartegeldgrenze wird von 40 auf 50 v. S. des pensionsfähigen Dienstverdiensts heraufgesetzt und der Höchstbetrag des Wartegeldes auf 80 v. S. des pensionsfähigen Dienstverdiensts eines Beamten aus der mittleren Dienstaltersstufe der Besoldungsgruppe 13 statt bisher 12 festgesetzt. Die Pensionsstufungsbestimmungen kommen in Fortfall. An verbeiratete weibliche Beamte, die aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden, kann auf Antrag eine Abfindungssumme gewährt werden. Bei Einstellung von Beamten und Beamtenanwärtern sollen in erster Linie Vorrausanzwärtler, Schwerbeschädigte sowie nach Möglichkeit leistungsfähige entlassene oder in den einseitigen Ruhestand versetzte, oder ins Arbeiterverhältnis überführte Beamte herangezogen werden. Neu ist auch die Bestimmung, daß der Witwe und den hinterbliebenen Kindern eines Ruhegehaltsempfängers aus solcher Ehe, die erst nach seiner Verletzung in den dauernden Ruhestand geschlossen ist, Witwen- und Waisengeld in den Grenzen der geltenden Hinterbliebenenbesoldung bewilligt werden kann. Auch kann die schuldlos geschiedene Ehefrau verstorbenen Beamten und Ruhegehaltsempfänger eine Witwenbeihilfe bis zur Höhe des geltenden Witwengeldes erhalten. Hat eine widwengelberechtigte Witwe sich wieder verheiratet und stirbt der Ehemann innerhalb zehn Jahren, so kann der Witwe nach seinem Tode eine Witwenbeihilfe gewährt werden. Neu erorbene Versorgungsansprüche werden darauf anerkannt.

Diese in der neuen Novelle verzeichneten Fortschritte sind auf die Initiative von Mitgliedern des Unter Ausschusses des Reichstages unter hervorragender Mitwirkung der Sozialdemokratie herbeigeführt worden. Es ist der lächerlichen Opposition endlich gelungen, den Widerstand der Reichsregierung Luther zu brechen. Allerdings ist es notwendig, die neue Vorlage zur Personalabbauverordnung im Reichstag möglichst schnell zu verabschieden, damit die Bürokratie nicht Zeit gewinnt, auch noch den letzten Republikaner und Sozialisten abzubauen.

### Geistig minderwertiger völkischer Schimpfapostel

Dem Genossen Hermann Müller wurde aus Gleichmitleidigkeit, daß der frühere völkische Reichstagsabgeordnete Herr v. Heubred ihn in einer „Reiberede“ einer militärischen Organisation wegen Unterzeichnung des Versailler Vertrages beschimpft hatte. Genosse Hermann Müller hat es abgelehnt, den völkischen Schmarotzer zu verurteilen und geantwortet: „Von Ihrer Mitteilung betr. die Beschimpfung, die sich der frühere Abgeordnete Hans Adam v. Heubred bei der Fabrikarbeiter-„Majdninggewehr-Kompanie der Jägerführer Heubred“ am 17. Mai ds. Js. im Konzerthaus in Beuten D/S. geleistet hat, habe ich lediglich Kenntnis genommen. Herr v. Heubred hat in seiner „Reiberede“ nach den Angaben von zwei Zeugen gefaselt.“

„Wir Völkischen, wir werden nicht eher ruhen, bis die Lumpen, die uns überfallen gerauscht haben, und bis die Lumpen, die den Versailler Vertrag unterschrieben haben, zur Rechenhaft gezogen werden!“

Es hat keinen Zweck, ihn deshalb zu verurteilen. Wenn Herr v. Heubred mich in der oben wiedergegebenen Weise beschimpft, weil ich nach Beschluß der vom deutschen Volke gewählten, verfassunggebenden Nationalversammlung den Versailler Vertrag unterschrieben habe, so beweist er dadurch nur, daß er geistig minderwertig ist. Würde ich Herrn v. Heubred verurteilen, so müßte ich befürchten, daß er auf § 51 des Strafgesetzbuches wegen vermindelter Zurechnungsfähigkeit eine Freisprechung erzielen würde.“



# Gegen den Zollwucher der Großagrarien und der Luther-Regierung

## Wie der Landbund das Volk täuscht und irre führt

Glaube niemand den agrarischen Notstandsliedern

Der Führer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Genosse Georg Schmidt, M. d. R., schreibt:

Um die Zollvorlage schnell unter Dach und Fach zu bringen, wird vom Reichslandbund ein reichhaltiges „Tatsachenmaterial“ verbreitet und in Massen den Interessententeilen ausgehändigt. Natürlich erfolgt die Verbreitung dieses Materials nicht durch den Reichslandbund, sondern durch den Deutschen Landwirtschaftsrat, um „Unparteilichkeit“ zu demonstrieren. Es dürfte interessant sein, auf eine Angelegenheit hinzuweisen, die nur kurze Zeit zurückliegt. Vor einem Jahre war die agrarische Presse voll von Schilderungen über die ungeheuren Schäden, die der strenge Winter 1923/24 unter dem Saatensand angerichtet haben sollte. Von diesen Schilderungen wurde auch die Lintpresse beunruhigt. Die Landbündler redneten dabei mit der gefühlsmäßigen Einstellung des deutschen Volkes. Angesichts der Schilderungen, einer bevorstehenden schlechten Ernte dachten damals viele Kreise des Volkes an einen vollständigen Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft, die ja an sich schon schlecht genug war. Diese gefühlsmäßige Einstellung ist heute noch nicht überwunden und dies nun der in Wahrnehmung seiner Interessen so überaus züchtige Reichslandbund weißlich aus.

Vor uns liegt eine Eingabe vom Mai 1924 aus Ostpreußen, unterzeichnet von der Kreisgruppe Bauern der „pommerischen Landbundes“, der Landwirtschaftlichen Kreiskommission und dem Zentralrat der Bauern des Kreisverbandes. In dieser Eingabe wurde behauptet, daß 95 Prozent aller Roggenflächen ausgeerntet seien. Der Landwirtschaftsverband Ostpreußen hat zu gleicher Zeit in einer Eingabe an die Regierung behauptet, daß durch den strengen Winter 1923/24 in Ostpreußen durchschnittlich ein Drittel der angebauten Roggenfläche ausgeerntet sei. Selbstverständlich wurden mit diesen Begründungen Steuererleichterungen umgekehrt. In jenen Eingaben wurde der Schaden natürlich so dargestellt, als wenn auf diesen ausgewinterten Flächen im Jahre 1924 überhaupt nichts geerntet worden ist; selbstverständlich sind die tatsächlich ausgewinterten Flächen aber auch anderweitig bestellt worden. Auf Grund dieser und ähnlicher Schilderungen, die man auch aus anderen Gegenden anführen könnte, wurde trotzdem fortwährend von einer bevorstehenden Misere des Jahres 1924 gesprochen. Auch nachdem die Ernte eingebracht ist, immer noch von der Misere des Jahres 1924 geredet worden.

Inzwischen ist die Begründung der neuen Zollvorlage, auf deren allgemeinen Wert wir hier nicht eingehen wollen, erschienen. Darin ist auch der Gesamtenergieertrag an deutschem Getreide der letzten 6 Jahre angegeben. An Getreide wurden in je 1000 Tonnen geerntet 1919: 16 679, 1920: 14 076, 1921: 16 884, 1922: 12 929, 1923: 17 972 und 1924: 16 115. Daraus

ergibt sich, daß wohl die Ernte im Jahre 1924 niedriger ausgefallen ist, als in dem besten Jahre der Nachkriegszeit 1923. Sie ist aber höher als in vorhergehenden Jahren. In diesem Zusammenhang wollen wir die in weiten Kreisen anerkannte Tatsache, daß unsere Nachkriegsernte überhaupt höher ist als die amtliche Statistik ausweist, gar nicht in Berechnung stellen, sondern uns nur an die amtlichen Zahlen halten. Ergeht sich schon aus der Reichsstatistik, daß von einer eigenartigen Misere 1924 erkeulicherweise nicht gesprochen werden kann, so wird das weiter bewiesen, indem die statistischen Zahlen für Ostpreußen und Pommern herangezogen werden. Die Gesamtenernte an Roggen, Weizen, Hafer und Gerste betrug in Ostpreußen im Jahre 1923 rund 1 438 000 Tonnen, im Jahre 1924 dagegen 1 042 000 Tonnen, in Ostpreußen (Regierungsbezirk Köslin) 1923: 638 000 Tonnen, 1924: rund 477 000 Tonnen. Da in beiden Bezirken der Anbau des Winterroggens vorherrscht, hätten sich mithin die geschätzten ungeheuren Auswinterungsschäden des Winters 1923/24 doch im Ernteertrag 1924 auswirken müssen, ganz besonders, wenn man beachtet, daß der Ernteertrag in allen Gebieten Deutschlands gegenüber 1923 einen Rückgang erfahren hat. Hier verlagern die Kunststücke des Reichslandbundes völlig.

Im Hinblick auf die Tatsachenschilderungen bedarf es jedenfalls keiner besonderen Kritik, wie man die seit Jahren zu einer dauerhaften Ernährung gewordenen Schilderungen über die Not der Landwirtschaft durch die Landbündler zu bewerten hat. Wenn wir rückblickend in gegenwärtiger Zeit darauf hinweisen, so geschieht dies aus dem Grunde, um zu veranschaulichen, daß man das sogenannte Tatsachenmaterial der Landbündler doppelt und dreifach prüft.

## Bauernfang und Bauernlegen

Die Großagrarien haben mit einem Male ihr Ziel für die Bauernschaft erreicht. So hat z. B. der Reichslandbund in den letzten Tagen die überwältigende Entdeckung gemacht, daß der kleine Landwirt, wenn er erntefähig bleiben will, Fleisch- und Viehhaltung nötig hat. Das hatte man bis in die letzten Tage hinein in der ausschließlichen Sorge um den Getreidezoll vergessen bezogen. Aber der glänzende Räder, mit dem unsere Farmer auf den Bauernfang gehen, ist das Agrarkreditinstitut, über das sich der Reichstag in diesen Tagen schlüssig werden soll. Die Großagrarien verprechen der Landwirtschaft die Abkehr von den kurzfristigen Wechselkurs durch langfristigen Kredit, Erleichterung in der angebotenen Weise infolge Auslastungsstreben — durch das sogenannte Agrarkreditinstitut. Damit glaubt man, den kleinen Landwirt endgültig einzufangen.

Die kleine Landwirtschaft wird jedoch nicht verarmen, sich das gebotene Geschenk etwas näher anschauen. Dabei ist von Bedeutung, daß die ganze gewaltige Kapitalaufhäufung in der neuen Agrarkreditbank der Großagrarien und dem Reichslandbund die Wirtschaft einer Selbstpolitik in die Hand gibt, die für die Disziplinierung der Reichsbank ohne weiteres eine Konkurrenz bedeutet. Der kleine Landwirt darf sich darüber nicht täuschen, daß man wenn die Verhältnisse es mit sich bringen,

die Wirtschaft des Agrarkreditinstituts schonungslos in den Dienst der Großlandwirtschaft gestellt werden, ohne daß man Rücksicht auf die bäuerlichen Interessen nimmt. Viel schlimmer wird es, — immer vorausgesetzt, daß die Landwirtschaftsanleihe in Amerika auch wirklich kommt —, wenn der kleine Landwirt wirklich den durch die Agrarpolitik vermittelten Auslandskredit nimmt. Dieser Kredit ist ungeheuer teuer. Selbst wenn man einen Zinssatz in Amerika in der Höhe von 7 bis 8 Prozent erziehen sollte, wird der Emissionskurs der den Auslandskredit bedeckenden Pfandbriefe nicht weit über 90 Prozent liegen. Unter Einrechnung der wahnsinnig hohen Provisionen ergibt sich zum mindesten ein Zinssatz von 11 bis 12 Prozent. Eine solche Belastung kann schließlich wohl der Großagrarien zahlen, der Farmer, der seinen Großbetrieb heute schon zum überwiegenden Teil auf Fiskus, Stärke, Zucker und andere industrielle Produktionen eingestellt hat. Für den kleinen Landwirt wird es unmöglich sein, eine solche Rente aufzubringen.

Eines der wichtigsten Probleme vor dem Kriege war die Aufgabe, die Landwirtschaft von ihrer Schuldenlast zu befreien. Krieg und Inflation haben dieses Problem in der bekannnten Weise gelöst. Nun ist es doch sehr eigentümlich, daß die Herren, die vor dem Kriege immer nach der Entschuldung der Landwirtschaft schrien, heute es überaus eilig haben, die Landwirtschaft aufs neue zu verschulden. Damit werden aber ganz bestimmte Zwecke verfolgt. Einmal dürfte eine verschuldete Kleinlandwirtschaft das gefügige Objekt der Großlandwirtschaft sein, die mit dieser politisch und wirtschaftspolitisch durch die bäuerlichen Interessen hinaus. Andererseits muß man bedenken, daß die Großlandwirtschaft unter dem Schutze höherer Getreidezölle eine Wirtschaftsweise anstrebt, die man als industriell-erzwecklich bezeichnen kann. Diese Wirtschaftsweise erfordert naturgemäß in dem Maße, wie die Intensivität der Landwirtschaft zunimmt, weitere Vergrößerung der verhältnismäßig wenigen Großbetriebe, die industriell-erzwecklich wirtschaften können. Diese Vergrößerung und Ergänzung dürfte sich ganz automatisch vollziehen, wenn der kleine landwirtschaftliche Betrieb unter der Last des überhöhten Real- und Auslandskredits, den die Agrarbank freudlicherweise vermittelt, zusammenbricht. In diesem Augenblick, dessen Kommen vorauszu sehen ist, würde ein großes Bauernlegen einsetzen, gegen das die Eingliederung der Bauern in die Wirtschaft der Agrarkasse im Mittelalter und nach der Neuordnung der Dinge in Deutschland nach der französischen Revolution ein Kinderpiel gewesen ist.

Während der bisherigen Kämpfe haben wir immer wieder gesehen, daß die Großagrarien, wenn das eigentliche Reich um den Zoll begann, Konzeptionen hinsichtlich der Fleisch- und Viehhaltung machten, um den bedrohten Getreidezoll zu retten. Die Bauernschaft bezahlte dann die Zölle. Genau so soll es auch dieses Mal kommen. In dem Maße, wie die Bauernschaft bezüglich des Zolles eigene auf ihre wirklichen Interessen zugeschnittene Politik zu machen, muß sie sich auch in der Frage des Agrarkreditinstituts von Reichslandbund trennen. Sie kann damit eine große Gefahr für ihre Existenz!

## Verbot der Anwendung von Giftgasen im Kriege

Ein Erfolg Deutschlands

Genf, 17. Juni. (Via Bericht.) Die Internationale Konferenz zur Kontrolle des Fernosthandels wurde nach sechsmonatiger Tagungsdauer geschlossen. Der von der Konferenz beschlossene Konventionstext enthält als wichtigste Bestimmungen das Verbot der Verwendung von Giftgasen und Bakterien als Kriegswaffe, ferner die obligatorische Verpflichtung für alle Konventionsschlichter, eine jährliche öffentliche Mitteilung über die Menge des Waffenimports und -Exports in ihren Ländern zu machen. Diese Verpflichtung gilt jedoch nicht für die baltischen Staaten, Polen, Rumänien und Persien, solange Russland die Konvention nicht unterzeichnet hat. Aus Gründen seiner indischen Politik hat England das Verbot der Persische und Indische Meer als maritime Sperrzone für den Waffenhandel erklärt. Persien hat deshalb die Konferenz verlassen. Die Konvention tritt nur nach erfolgter Ratifizierung durch die interessierten Mächte in Kraft.

## Die Technische Nothilfe eine Schutztruppe des Unternehmertums

Die Technische Nothilfe bildete am Dienstag den Gegenstand einer recht lebhaften Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstags. Der Etat des Ministeriums des Innern fordert für die Unterhaltung und die Durchführung dieser längst überflüssig gewordenen Einrichtung trotz der großen Finanznot des Reiches die „Reinigung“ von 3 657 000 M. Genosse Schmidt-Köppen forderte die Streichung dieser Summe. Der Vertreter des Zentrums Abg. Erffing wollte zwar 3 Millionen Mark bewilligen, eine aber außerordentlich stark mit der Nothilfe ins Gericht, die von seinem Fraktionskollegen Groß als eine Schutztruppe des Unternehmertums bezeichnet wurde. Erffing selbst wies an Hand von Beispielen nach, daß selbst da, wo die Arbeiter ausgebeutet wurden, die Technische Nothilfe einwirkte. Dem Demokraten Kemmer gingen die Forderungen des Zentrums zu weit. Dieser „kapitale“ Demokrat, der offenbar auch schon ins Schlepptau seiner schwerindustriellen Fraktionskollegen gerät, wollte sich mit der Streichung von nur 100 000 M. begnügen. Herr Schiele fühlte sich verpflichtet, den Arbeitern zu sagen, wie sehr sie sich bessern müßten, ehe die Technische Nothilfe abgeschafft werden könne. Selbstverständlich fand der Minister nur Worte gegen die für die Wirtschaft so außerordentlich „schädlichen“ Streife der Arbeiter. Er bedauerte im übrigen das tiefe Mißtrauen, das gegen die Tendenz der Arbeitgeber in den Gewerkschaften eingewurzelt ist und daß damit zu erkennen, daß er von den Ursachen dieses Mißtrauens, die in brutaler Gewaltpolitik des Kapitals liegen, keine Ahnung hat. Der vom Zentrum eingebrachte Vorschlag, einen parlamentarischen Beirat zu schaffen, der die Tätigkeit der Technischen Nothilfe und deren Ausbau kontrollieren soll, wurde vom Minister abgelehnt. Auch Genosse Schmidt-Köppen wandte sich gegen diesen Vorschlag des Zentrums, bezieht sich aber keine Stellungnahme zu dem Zeit des Zentrumsantrages vor, der die Technische Nothilfe

möglichst bald beseitigen und an ihre Stelle andere Notstandsmassnahmen setzen will. Im übrigen wurde gemäß des Zentrumsantrages der Etat auf 3 Millionen Mark gekürzt. Auf Antrag des Genossen Dittmann fand dann noch eine Entschließung Annahme, in der die Vereinfachung ausreichender Mittel gefordert wird, um unmittelbaren Schülern die Zulassung zu mittleren und höheren Schulen zu ermöglichen.

## Von der famosen deutschen Gerechtigkeit

Die Reichsbannerleute, die bei dem Zusammenstoß in der schlesischen Kreisstadt Striegau beteiligt waren wurden bekanntlich mit Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren bestraft, während die Stahlhelmmitglieder als eigentliche Angreifer damals nicht auf der Anklagebank saßen. Dreizehn von ihnen wurden in einem Sonderprozeß mit je 30 M. Geldstrafe bestraft und zwar nicht etwa wie die Reichsbannerleute wegen Landfriedensbruchs, sondern nur wegen unbefugten Waffentragens. Aber auch diese Strafe ist jetzt von dem Gericht zweiter Instanz aufgehoben worden und die Stahlhelmmitglieder, die damals zu mehreren Tausenden gegen wenige hundert Reichsbannerleute vorgingen, gehen nunmehr völlig straffrei aus. Auch der Reichsbannerprozeß ist inzwischen in die zweite Instanz gegangen. Ob aber das Berufungsgericht auch gegenüber den angegriffenen Republikanern die gleiche Milde walten lassen wird wie gegen die Stahlhelm-Prügelhelden, ist leider nach Lage der Dinge in unserer Justiz mehr als zweifelhaft.

## Deutscher Reichstag

Reichstagsstimmungsbild

Berlin, 17. Juni. Der Reichstag hätte am Mittwoch Gelegenheit gehabt, in einem großen geistigen Ringen sich über das Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche auseinanderzusetzen. So aber zogen die maßgebenden bürgerlichen Parteien vor, dem sozialdemokratischen Redner auszuweichen. Unser bayerischer Genosse Dr. Senger fragte die Reichsregierung, ob das Konkordat zwischen Bayern und dem päpstlichen Stuhl mit der Reichsverfassung vereinbar sei. Unser Redner geriet zunächst sehr heftig mit den Deutschnationalen aneinander, als er von Ausdrücken der Katholikenfeindschaft und des Katholikenhasses von ehemaligen Geistlichen von preussischen Provinzen sprach. Unser Redner sagte, wir führen den Beweis, daß die Kirche sich in der Republik viel freier befindet, als im ehemaligen Kaiserreich. Dann aber wendet sich unser Redner gegen die nach unserer Auffassung verfassungswidrigen Eingriffe in das deutsche Unberührbarleben, die deutschen Schulen und die deutsche Lehrerbildung.

Der Reichsminister des Innern war nicht erschienen, wahrscheinlich plagt ihn die Materie zu sehr. Statt seiner antwortete der Staatssekretär Dr. Weinberg vom Reichsministerium des Innern. Er ist ein guter Mensch, aber ein schlechter Politiker. So hielt er im Laufe ein richtiges Kolleg, um zu beweisen, daß das Konkordat mit der Reichsverfassung vereinbar sei. Seine Beweisführung war so geartet, daß man den Eindruck hatte, er würde unter Umständen auch beweisen

können, daß das Konkordat verfassungswidrig sei. Durch die Rede des Regierungsvertreters Hans Vojnig hindurch, daß das Konkordat in seinen Auswirkungen mit der Verfassung kollidieren könne. Die Deutschnationalen ließen durch ihren Nennminister-Katholiken W. L. a. f. f. nur eine kurze Erklärung des Inhalts abgeben, daß sie das Konkordat nicht verfassungswidrig halten, ebenso beschränkte sich das Zentrum auf eine kurze zustimmende Erklärung. Der deutsche Volksrechtler Prof. Kahl brachte dagegen eine ganze Reihe von Bedenken gegen das Konkordat vor. Er habe es zwar ebenfalls für verfassungsmäßig, glaube aber, daß in der Praxis sich sehr leicht Konflikte mit der Verfassung ergeben könnten. Einen sachkundigen und angriffslustigen Sekundanten fand die sozialdemokratische Interpellation in dem demokratischen Redner Professor Schmidt, der sagte, daß hier ausschließlich ein Kampf zwischen geistlichem und weltlichem Recht ausgefochten werden solle. Es könne bei der Zusammenkunft des Reichstags kein Zweifel sein, daß diesmal der Sieg auf der Seite des geistlichen Rechts bleibe. Die deutsche Kulturwelt und insbesondere die deutschen Lehrer werden erkannt haben, daß die Sozialdemokratie, und nur sie allein es ist, die auf dem Plane steht, wenn es gilt, die Rechte des Staates auch gegenüber der Kirche zu wahren.

## Aus dem Freistaat Baden

Kommunistisches Schindluderspiel mit der Immunität

Der Landtag hat gestern einen Antrag auf Aufhebung der Immunität für den Landtagsabgeordneten Ritter. Stattdessen; Ritter soll von der Staatsanwaltschaft Mannheim dafür zur Rechenschaft gezogen werden, daß er von der Nr. 91 der „Arbeiterzeitung“ vom 24. April ds. Js., die bekanntlich den Brandartikel gegen den Minister des Innern mit den gefälschten Briefen enthielt, nicht rechtzeitig ein Pflichtexemplar dem Bezirksamt vorlegte. Von jenem Artikel wurde auch ein Exemplar hergestellt und gleichfalls weithin verstreut, ehe ein Pflichtexemplar dem Bezirksamt zur Vorlage kam.

Leichtsinig gegeben handelt es sich hier sicherlich nicht um ein besonders schlimmes Vergehen, sondern nur um die Uebertretung einer Bestimmung des Preßgesetzes, deren sich der Abg. Ritter als Verleger der „Arbeiterzeitung“ hat zu schulden kommen lassen. Für den Artikel selbst ist der Reichstagsabgeordnete Kemler verantwortlich, der aber auch seiner Immunität wegen vorläufig nicht belangt werden kann. Die Geschäftsordnungskommission des Landtages hatte infolgedessen auch einstimmig beschlossen, dem Landtag vorzuschlagen, den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität zurückzuweisen.

Bei der Behandlung dieses Antrages im Plenum des Landtages trat im der Minister des Innern entgegen und zwar mit dem Hinweis darauf, daß in diesem Fall der Verleger der „Arbeiterzeitung“ wohl in bewusster Absicht die Verleumdung bei der Vorlesung des Pflichtexemplars eintreten ließ, um den genannten schweren Angriff gegen den Minister un-



gestört in die Öffentlichkeit hinausbringen zu können. Der Justizminister hat nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, man könne sich sehr wohl denken, daß der Strafrichter bei der Ausmessung der Strafbüße festzustellen suche, ob die Veräberung in bewusster Absicht herbeigeführt wurde und inwiefern der Verleger der Zeitung von dem Artikel mit den gefälschten Dokumenten Kenntnis gehabt habe. Nicht mit Unrecht hat der Innenminister auf die schweren Gefahren hingewiesen, die mit der dauernden Nichtverfolgung solcher Delikte entstehen müssen. Solange Redakteure ihre Immunität dazu mißbrauchen, preßgesetzliche Strafvorgänge zu häufen, weil sie wissen, daß man sie für lange Zeit, ja auf Jahre hinaus nicht belangen kann, tritt im Verhalten dieser Leute ihren politischen Gegnern gegenüber keine Besserung ein. Die Parlamente müßten sich endlich einmal zu einer anderen Stellungnahme derartiger Vorgänge gegenüber veranlaßt fühlen.

Die „Arbeiterzeitung“ hat in ihrer Nummer vom 9. Mai wegen dem Verbot derselben eine „böhmische Anfrage“ für den Landtag angestellt. Die kommunistische Fraktion jedoch hat eine solche nicht eingebracht. Dem Minister ist somit die Möglichkeit genommen, etwa im Landtag die Frage der Nichttätigkeit oder der Fällung der fraglichen Dokumente klarzustellen zu bekommen.

Nach diesen Darlegungen entschloß sich die Mehrheit des Landtages, entgegen dem Beschluß der Geschäftsordnungs-Kommission dem Antrag der Staatsanwaltschaft stattzugeben, d. h. für diesen Fall die Immunität des Abg. Ritter aufzuheben. Es wird dieserhalb in der kommunistischen Presse jetzt wieder von Klassenjustiz und ähnlichen Vorwürfen die Rede sein. Solche Angriffe muß der Landtag tragen, denn anders ist es nicht möglich, den kommunistischen Führern klar zu machen, daß es auch für sie keine Karenzfreiheit gibt. Die Produktion von Briefkästchen und deren Veröffentlichung durch die „Arbeiterzeitung“ fordert geradezu zur Aufhebung parlamentarischer Freiheiten heraus. Sentimentale Betrachtungen sind da nicht mehr am Platze.

**Amtsrichter Weeber-Pforzheim auf dem Rückzug**

Der Staatspräsident hatte gegen den Amtsrichter Weeber in Pforzheim wegen Äußerungen in Wählerversammlungen Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. In der hierauf eingeleiteten Voruntersuchung erklärte der Angeklagte dem Untersuchungsrichter, er sehe ein, daß er durch seine Äußerungen den Staatspräsidenten schwer beleidigt habe und im Hinblick auf seine (Weeber's) Stellung als badischer Beamter besonders ungeschickt gewesen sei. Er nehme seine Äußerungen mit dem Ausdruck aufrichtiger Bedauerns zurück und bitte den Staatspräsidenten um Entschuldigung. Der Staatspräsident hat diese schriftliche Abbitte und eine persönliche Entschuldigung Weeber's entgegengenommen und sich daraufhin entschlossen, den gestellten Strafantrag zurückzuziehen. Auch die vorläufige Amtsenthebung Weeber's wurde vom Justizminister wieder aufgehoben, dagegen hat das Disziplinarverfahren gegen Weeber beim Disziplinarhof für richterliche Beamte seinen Fortgang.

Die Rolle dieses Amtsrichters Weeber im öffentlichen Leben dürfte durch diese de- und wehmütige Abbitte wohl ausgespielt sein. Die Zahl derer, die erst den Mund nicht gewaltig genug vollnehmen können, um den heutigen Staat und seine Repräsentanten aufs niederrichtigste zu belächeln und zu beschimpfen, kann aber, wenn ordentlich zugepaßt wird, klein gehalten, ist wieder um eine Nummer vermehrt worden. Man sieht wieder: die Republik braucht nur fest zugapadert und schon stehen die Maulschäfer wieder offen. Wie anno 1918!

**Badischer Landtag**

**Kurze Anfragen** — Die Fällungen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ — Aufhebung der Immunität des Abg. Ritter — Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes — Neue Taxen für Jagdpässe — Bau einer Tuberkuloseheilstätte an der Freiburger Universitätskinderklinik — Eine große Sittlichkeitsdebatte — Fürsorge für die Hebammen — Die Notlage der Kleinbauern

35. Sitzung  
L. w. Karlsruhe, 17. Juni.

Die Zahl der Eingänge ist, wie gewöhnlich, nach einer längeren Pause, wieder ungemein groß. Es befinden sich darunter 10 Regierungsentwürfe, 3 Anträge aus der Mitte des Hauses, 40 Gesetze und 8 „Sonstiges“.

**Kurze Anfrage**

Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) erkundigt sich nach den Ausschreitungen anlässlich der ersten Reichspräsidentenwahl. Die Anfrage ist natürlich aus parteidemagogischen Gründen gestellt. Herr Mayer will wissen, ob die Regierung über alle Vorkommnisse pflichtgemäß unterrichtet wurde, und ob die Strafverfolgung eingeleitet worden ist; weiter ob die Regierung Maßnahmen treffen wolle, um derartige Vorfälle zu verhindern. — Die Anfrage wird vom Generalsekretär und einem Vertreter des Innenministeriums beantwortet. Der Generalsekretär teilt die ihm berichteten Vorfälle aus dem Lande mit, es sind meist solche ganz unbedeutender Art. Ferner waren nur zwei Vorkommnisse in Karlsruhe und Durlach; hierüber sind die Ermittlungsverfahren eingeleitet. Das Ministerium des Innern antwortet auf die Anfrage, daß kein Anlaß vorliege, anzunehmen, daß die Polizei nicht alle Vorkommnisse gemeldet habe. Die Einrichtung fürsorglicher Maßnahmen ist zunächst Sache der örtlichen Organe.

Die zweite kurze Anfrage ist von Abg. Daehler (Soz.) gestellt, sie betrifft den fremdsprachlichen Unterricht an badischen Volksschulen und weist darauf hin, daß durch die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts das innere Gefüge der Schule zerstückelt wird; was bedeutet die Regierung gegen diese Zerstückelung der inneren Organisation der Schule zu tun? — Ministerialrat Dr. Anker teilt mit, in welchen Stadien Bestrebungen auf Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts im Gange seien; in einer Reihe von Orten sind die diesbezüglichen Anträge abgelehnt worden, in anderen seien die Vorlagen durch den Bürgerausschuß noch nicht erledigt. Das Unterrichtsministerium stellt sich auf den Boden des Schulgesetzes; es wird überall, wo ein Bedürfnis dazu vorhanden ist, die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts genehmigen.

Die Fällungen der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ — Ueber Anträge des Justizministers und des Generalsekretärs auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Jakob Ritter berichtet Abg. Wittenmann. Das eine Ersuchen auf Strafverfolgung wird gestellt, weil der Abg. Ritter als Geschäftsführer der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim es unterlassen hatte, an dem Tage, an dem die bekannten großen Briefkästchen vor der ersten Reichspräsidentenwahl erschienen sind, — wegen damals die „Arbeiterzeitung“ auf 14 Tage verboten

wurde —, rechtzeitig das preßgesetzliche Pflichtenemblem der „Arbeiterzeitung“ dem Bezirksamt vorzulegen. Im zweiten Falle wird um Genehmigung zum Vollzug einer gegen Ritter wegen Verleumdung verhängten Gefängnisstrafe von 6 Wochen ersucht. — Der Ausschuß beantragt Ablehnung der Anträge des Justizministers und des Generalsekretärs.

Abg. Warum (Soz.) bezeichnet die Sache an sich als unerbittlich. In dem Artikel vom 24. April, zwei Tage vor der Wahl, ist auch meine Person als Briefschreiber genannt. Wer mich kennt, der weiß, daß ich einmal kein solch miserables Deutsch schreibe und auch keine Kopfbügel des Innenministeriums benutze. Das die Verantwortlichen für jenen Artikel wüßten, daß es sich um Fälschungen handelte, geht daraus hervor, daß es unterlassen wurde, die Pflichteremulare dem Bezirksamt vorzulegen. Derjenige, der diese Fälschungen ausföhrte und sie auch nach Feststellung als Fälschungen benutzte, ist ein ganz gewöhnlicher Fälscher und Lump. — Abg. Wolf (Kom.) weiß natürlich von nichts. Er hätte sich aber, wenn er Redakteur gewesen wäre, die Quelle, aus der die Briefe stammten, genau angesehen — erklärte er. — Generalsekretär Dr. Anker teilt mit, daß wegen der Veröffentlichung der gefälschten Briefe Anträge gegen den verantwortlichen Redakteur, den Reichstagsabg. Kenzler, erhoben worden sind. Gegen den Abg. Ritter ist nur Anträge erhoben wegen Uebersetzung der preßpolizeilichen Vorschriften, die er als Geschäftsführer der „Arbeiterzeitung“ nicht eingehalten hatte. — Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.) stellt einer Bemerkung des Abg. Wolf gegenüber fest, daß kein Anlaß vorliege, ein kommunistisches Fraktionsmitglied zu der Ausschüßberatung zuzuziehen, da die Sachlage vollkommen klar lag.

Minister des Innern Kemmle behauptet den Beschluß des Geschäftsordnungs-Komitees. Abg. Ritter hat sich bewußt an einem Unternehmen beteiligt, das von U-3 eine schwindelhafte Unterklasse hatte, das zum Zweck hatte, den Minister des Innern vor aller Welt bloßzustellen. Wenn der Reichstag und die Länderparlamente ihre Praxis bezüglich der Immunität der Abgeordneten nicht ändern, dann ist man schuldig den Anträgen preisgegeben. Was in jenen Fällungen unternommen wurde, ist mehr wie gemein. Die Herren der „Arbeiterzeitung“ haben nach Ablauf des Verbotes nochmals die Nichttätigkeit der Presse behauptet. Sie haben den Minister aufgefordert, Klage zu erheben. Aber es ist bis heute entgegen aller sonstigen Gepflogenheit, noch keine Anfrage wegen des Verbots der „Arbeiterzeitung“ beim Landtag eingebracht. Die Briefe sind ein ausgelegter Schwindel. Verantwortlich ist ein Redakteur, der sich jahrelang als Abgeordneter der Verantwortung entzieht. Der Minister hat keine Möglichkeit, sich zu schämen; er kann nur statt das kommunistische Blatt auf 14 Tage auf 6 Wochen verbieten. Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Wolf (Kom.), der jedoch wie die Rede um den heißen Brei, um den Schwindel und die Fälschungen der „Arbeiterzeitung“ herumgeht, stellt Abg. Mayer-Karlsruhe (Soz.) fest, daß jene ganze Aktion der „Arbeiterzeitung“ ein wohlüberlegter und wohlorganisirter Wahlswindel war. Die sozialdemokratische Fraktion ist für Zurückverweisung der Angelegenheit an den Ausschüß. — Abg. Müller (Ztr.) begründet einen Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Ritter. — Abg. Wittenmann (Ztr.) befürwortet demgegenüber den Ausschüßantrag, ebenso Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.). Es äußern sich zu dieser Sache noch der Justizminister Traut, Innenminister Kemmle, Abg. Dr. Glöckner (Dem.), Abg. Müller (Ztr.), Weeber (D.Vp.) und im Schlußwort der Berichterstatter Abg. Wittenmann. — Der Antrag auf Verlegung der Vollstreckung der Strafe wird angenommen. Im zweiten Falle wird ein Antrag auf Rückverweisung an den Ausschüß abgelehnt, und ein Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Ritter mit 39 gegen 13 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen.

**Die Taxen für Jagdpässe**

Ueber die Änderung des Verwaltungsgebührengesetzes berichtet Abg. Schneider. Das Gesetz soll einmal den entsprechenden Bestimmungen des Reichsgesetzes angepaßt werden; weiter werden die Taxen für Jagdpässe neu festgesetzt. Die Taxe für einen Jagdpass soll für Personen, die innerhalb des Deutschen Reichsgebietes ihren Wohnsitz haben, 50 M betragen, für Personen, die außerhalb des Deutschen Reichsgebietes ihren Wohnsitz haben, 200 M (Regierungsanfrage 150 M), für badische staatl. Forst- und Jagdbeamte, für Vorstände badischer Gemeindevorstände und Jagdaufsichtern 5-20 M und für Wochen- und Tagesjagdpässe 10 M. Die Gebühr für Erteilung einer Nachfrist von Bauvorschriften soll 5-100 M betragen, während die Regierungsanfrage 5-400 M vorzieht. — Dem Gesetz wird mit den vom Ausschüß beantragten Änderungen zugestimmt. Bei dem Absch. betr. Tagesjagdpässe beantragt Abg. Dr. Glöckner (Dem.), Tagesjagdpässe auch an im Inland wohnende Personen auszustellen. Der Antrag wird angenommen.

Bau einer Tuberkuloseheilstätte an der Freiburger Universitätskinderklinik. Der Ausschüßantrag beantragt nach dem Bericht des Abg. Warum: Das Ministerium des Innern und Unterrichts wird ermächtigt, im Betrage von 102 000 M für den Bau einer Tuberkuloseheilstätte an der Freiburger Universitätskinderklinik vorbeschäftigt der Anforderung im nächsten Nachtrag zum Staatsvoranschlag zu verfügen. — Der Antrag wird einstimmig angenommen. — Um 3/4 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die Weiterberatung auf mittags 3/4 Uhr festgesetzt.

**36. Sitzung**

Die Oberpostdirektion Karlsruhe hat in Verfolg der kürzlichen Aussprache im Landtag über die Postverhältnisse auf dem Lande eine Aufstellung von demnächst eintretenden Verbesserungen im Postverkehr und Posttrafiktetrieb überhand, die der Präsident verliest. — In der Weiterberatung der Tagesordnung kommt zum Ausdruck der Antrag der Frauen des Hauses betr.

Maßnahmen gegen weitere Zunahme der Kabarette, Dielen usw.

Der Antrag, über dessen Beratung im Rechtspleneauschüß Abg. Weismann berichtet, verlangt Prüfung, ob nicht durch eine schärfere Handhabung der Bedürfnisfrage bei Erteilung der Erlaubnis der weiteren Zunahme der Kabarette, Dielen usw. gesteuert werden kann, und wie den in den bestehenden Unternehmungen dieser Art sich breit machenden Ungezogenheiten und Sittenwidrigkeiten entgegenzuwirken werden kann. Der Ausschüß beantragt, dem Antrag zuzustimmen.

Im Zusammenhang damit wird ein Antrag beraten, über den Abg. Ziegenmeier-Oberkirch berichtet, verlangt, daß der § 6 des Kinderbeschüßgesetzes vom 30. März 1903, wonach bei öffentlichen Schaustellungen Kinder nicht beschäftigt werden dürfen, auf die Fortbildungsschule ausgedehnt wird. Auch hierzu beantragt der Ausschüß Zustimmung.

Die Anträge werden begründet von Frau Abg. Strauß (Dem.). Die Rednerin meint, Schulförder und Fortbildungsschulpflichtige gehörten in kein Varietee und in keine Dielen, weder als Arbeitende noch als Zusehender. Das Verbot der Nachtarbeit muß auch auf die reisende Jugend ausgedehnt werden. Es muß dafür georät werden, daß keine neuen Unterhaltungsstätten zugelassen werden; auch jenen. Familienaffees bringen neuerdings Kabaretteinlagen, dies ist der Anfang zu neuen Varietees. Die Polizei nimmt es mit ihren

Pflichten der Kontrolle sehr genau. Agenten, die verschämen, darauf zu achten, was Sitte und Anstand verlangt, sollte das Handwerk gelegt werden. — Abg. Wolf (Kom.) weist auf die Verschärfung der Auffassungen und Anschauungen in Tragen der Sittlichkeit hin. Alle solche Erscheinungen sind zurückzuführen auf die Moral der bürgerlichen Gesellschaft. Eine praktische Auswirkung werden die Anträge nicht haben. Wird man auch etwas unternehmen gegen die Kabarettveranstaltungen in den großen Kurorten oder in Familien? Der Redner erklärt, sich der Stimme zu enthalten. — Abg. Kühn (Ztr.) begrüßt die Anträge der Frauen. Auch auf dem Gebiete der Kinos müßte etwas geschehen. Die Unsitlichkeit unter der Jugend hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Demgegenüber ist festzustellen, daß man in den Jugendorganisationen der verschiedenen Richtungen recht viel Gutes sehen kann. Der Redner verbreitet sich über die Fürsorgeerziehung, die zunehmende Verengung der Alkohollieferung, das Zentrum stimmt den Anträgen zu. — Frau Abg. Richter (D.M.): Die Wohnungsnot allein ist nicht schuld; denn die Sittlosigkeit ist auch da zu finden, wo Raummanuel nicht vorhanden ist. Die Männer müssen die Frauenbestrebungen unterstützen. Jede Familie muß völlige Selbsttätigkeit treiben. — Frau Dr. Bernays (D.Vp.) beschäftigt sich vorwiegend mit dem Kinderbeschüß. Der Kinderbeschüß sollte auch auf die Kinder ausgedehnt werden, die im Interesse der Kunst, wie es heißt, tätig sind. Auch der künstlerische Wert der Kinderballer der Theater sei zu beweisen. Das Schularter für Kinder ist hinauszuführen.

**Frau Abg. Fischer (Soz.):**

Wir unterstützen die Anträge, weil wir der Ansicht sind, daß der Kinderbeschüß nicht weit genug ausgedehnt werden kann. Man muß aber den Ursachen nachgehen. Das Grundübel sind die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Sind doch Eltern gezwungen, aus Not auch die Hilfe der Kinder zum Erwerb des Lebensunterhalts heranzuziehen. Ursache der Not ist auch das Wohnungsproblem. Die Wohnungsnot muß zu allererst abgeklärt werden. Es ist eine Heuchelei, wenn man auf der einen Seite ein Gesetz anstimmt über die sittliche Verwahrlosung der Jugend, auf der anderen Seite aber die Mittel verweigert, die nötig sind, um der Wohnungsnot zu steuern. (Sehr richtig!) Die höhere Moral ist nicht nur in christlichen Familien zu finden, im Gegenteil, die Anhänger einer freien Weltanschauung sehen auf genau derselben sittlichen und moralischen Höhe. In dem Familienbude eine Gefahr zu erblicken, geht zu weit. Alle Erwachsenen müssen sich bemühen ein Vorbild für die Jugend zu sein, dann wird eine Genugung des Volkes zu erwarten sein (Frau bei den Soz.). — Frau Abg. Anker (Kom.) rechtfertigt ihre Unterschrift unter den Antrag der Frauen. Es sei zu begrüßen, daß einmal eine etliche Kunde diebegelet worden ist. Die bürgerliche Gesellschaft habe heute bewiesen, daß sie am Ende sei; sie rufe nach der Polizei. Die kapitalistische Ordnung ist das Grundübel, sie muß deshalb ausgetrotet werden. — Frau Abg. Siebert (Ztr.) sieht die Mithände in der Mehrzahl von dem ewigen Sittengesetz, von Gott. Den erzieherischen Kräften des Volkes muß mehr Einfluß auf den Besuch der Kinos gegeben werden. Die Rednerin verteidigt die christliche Kultur. — Es sprechen noch weiter zur Sache der Abg. Mayer-Karlsruhe (D.M.), Wolf (Kom.), der die Familienbänder verteidigt, Frau Abg. Richter (D.M.), Frau Fischer (Soz.), die für die unter Aufsicht stehenden Familienbänder ein Wort einlegt, und Frau Abg. Anker (Kom.). — Die beiden Anträge werden angenommen, die drei männlichen kommunistischen Abgeordneten enthalten sich der Stimme.

**Sebammengesetz und Altersfürsorge der Sebammen**

Ein Antrag verlangt die baldige Vorlage eines Sebammengesetzes und die Ergriffung von Maßnahmen, um bis zur Erhaltung eines Sebammengesetzes den altersentsprechenden, in Not geratenen Sebammen eine Altersfürsorge zu sichern. Der Bericht des Ausschüßes gibt Frau Abg. Fischer. Der Ausschüß beantragt Zustimmung zum Antrag. — Frau Abg. Siebert (Ztr.) begründet den Antrag. Die Rednerin braucht dazu weit über eine halbe Stunde. Ob es nötig ist, über eine solche Selbstbestimmtheit, wie der Antrag sie darstellt, und über dessen Annahme im Hause auch nicht der mindeste Zweifel besteht, in solcher Selbstbestimmtheit zu reden, muß doch bemerkt werden. — Der Antrag wurde selbstverständlich einstimmig angenommen.

**Die Notlage der Kleinbauern, Pächter und Siedler**

Es handelt sich um den Votationswunschettel der Kommunisten, den sie in Form eines Antrags am 21. Juli 1924 dem Landtag vorgelegt hatten; über die Behandlung des Antrags im Rechtspleneauschüß berichtet Abg. Schenk. Gleichzeitig werden mit diesem Antrag Gesetze des Bad. Pächter- und Kleinrentnerbundes in Freiburg, sowie der Bezirksgruppe Reich des Badischen Landbundes behandelt. Berichterstatter über letzteres Gesetz ist Abg. Martin. — Der Ausschüß beantragt Ablehnung des kommunistischen Antrags; bezüglich des ersten Gesetzes wird Uebertragung zur Tagesordnung beantragt, bezw. Ueberweisung zur Kenntnisnahme an die Regierung. Bezüglich des zweiten Gesetzes wird Uebertragung zur Tagesordnung bezw. Ueberweisung zur Kenntnisnahme beantragt.

Da der kommunistische Redner Gähler erklärt, daß er länger wie eine halbe Stunde zu sprechen gedente, wird um 7 Uhr abgebrochen und Weiterberatung auf Donnerstag vormittag 8 Uhr festgesetzt.

**Aus der Partei**

Teutis-Neurent. Sozialdem. Verein. Morgen Freitag, 19. Juni, abends 9 Uhr, findet in der „Müne“ eine überaus wichtige Mitgliederversammlung statt. Es wird von den Mitgliedern erwartet, daß sie recht zahlreich und pünktlich dazu erscheinen.

**Genossenschaftsbewegung**

Büdingen. Am Sonntag, den 14. ds. Mts., fand im Gasthaus „Zur Krone“ die Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr 1924 der Bauernvereinsgenossenschaft statt. Die Bilanz zeigte ein sehr erfreuliches Bild, was der tüchtigen und umsichtigen Leitung des Gesamtvorstandes zu verdanken ist. Die Anerkennung seitens der Mitglieder zeigte sich durch die einstimmige Entlassung des Vorstandes. Nach Abwicklung der Tagesordnung referierte Herr Bankfällmeister Schneider-Karlsruhe über Kredit- und Aufwertungsfragen und wurden die Ausführungen mit großem Interesse aufgenommen.

**Schaumpon mit dem schwarzen Kopf**

wird wegen seiner vorzüglichen Wirkung und absoluten Unschädlichkeit von ersten Fachkräften empfohlen. Die Schaumpon-Schwarzer Kopf bürgt für das einwandfreie Fabrikat. Es ist das Beste, was Sie zur Kopfwasche kaufen können und kostet nur 20 Pfennig. Erhältlich in den folgenden Sorten: Lavendel, Eau de Cologne, Lavendel, Kamille, Egelb, Nadelholztee, Brennnessel, Peruvianer. Allehnlger Hersteller: HANS SCHWARZKOPF, BERLIN-DAHLEM.





# Unterhaltung und Belehrung

## Pelle der Groberer

Von Maria Andersen Nexö

(Fortsetzung)

Lasse blieb mitten im Futtergang stehen und stand nun da und überlegte gesenkten Kopfes. Er war herlich unzufrieden mit der Stellung, sie arbeiteten sich zu zweien für hundert Kronen ab, und damit konnten sie nicht einmal auskommen; von Freiheit war auch niemals die Rede, man war ganz einfach ein Sklave. — Aus sich selbst brachte er es nie weiter, als unzufrieden und enttäuscht über alles zu sein, er war zu alt. Schon allein das Suchen nach Auswegen war etwas Neues, was eine nicht zu bewältigende Arbeit, und alles sah so hoffnungslos aus. Aber Pelle war raslos, jedesmal, wenn er mit irgend etwas unzufrieden war, entwarf er Pläne zu Dutzenden, wilde und einigermassen vernünftige, bunt durcheinander. Und er rief den Allen mit fort.

„Wir können ja auch in die Stadt gehen und arbeiten.“, sagte Pelle grübelnd, „da verdienen sie eine blanke Krone nach der anderen. Aber was sollen wir denn bloß mit dir anfangen? — Du bist zu klein, um ein Stück Brotzeug zu hantieren.“

Diese harte Tatsache setzte Pelles Plänen für einen Augenblick ein Ziel; aber dann tauchte sein Mut von neuem wieder auf. „Du kennst mich mit in die Stadt kommen“, sagte er, „denn ich will schon —“ er nickte verblümt.

„Na, was willst du denn?“ fragte Lasse gespannt. „Ja, vielleicht geh' ich unten am Hafen posieren und hab' nichts zu tun, und da fällt ein kleines Mädchen ins Wasser, und ich rette es. Aber das kleine Mädchen ist die Tochter von einem kleinen Mann, und da —“ Pelle überließ den Rest Lasse Phantasie.

„Dann müßtest du aber erst schwimmen lernen.“, sagte Lasse ernsthaft, „denn sonst würdest du ertrinken.“ Von der Knechtstammer ertönte Geschrei, das war der lange Dieb. Der Arzt war gekommen und war mit seiner verflümmelten Hand beschäftigt. „Ach lauf mal rüber und sieh nach, was daraus wird!“ sagte Lasse. „In solchem Augenblick beachtet dich niemand, wenn du dich klein machst.“

Nach einer Weile lehrte Pelle zurück und berichtete: „Die drei Finger waren ganz zerquetscht und hingen in Lappen herunter, nun hatte der Doktor alles weggeschnitten.“ „Waren es diese drei?“ fragte Lasse gespannt und zeigte den Daumen, Zeigefinger und den Mittelfinger. Wenn er der Wahrheit die Ehre geben wollte, so hatte Pelle nichts gesehen. Aber seine Phantasie ging sofort mit ihm durch.

„Ja, es waren die Schwürmer!“ sagte er und nickte bekräftigend.

„Dann ist Per Olsen erst“, sagte Lasse und seufzte tief auf. „Wie schön ist das — eine Gnade von Gott!“

Derselben Ansicht war Pelle. Der Steinbohrer-Bauer fuhr den Doktor selbst in die Stadt und nach einer Weile schickte Frau Kongstrup nach Pelle. Er sollte etwas für sie vom Kaufmann holen.

IX

Pelle machte sich nichts daraus, wurde er in einem Punkte niedergeschlagen, gleich erhob er sich auf zwei anderen — er war unüberwindlich. Und er besaß des Kindes reiche Fähigkeiten zu versehen, sonst müßte er alle Erwachsenen mit Ausnahme von Vater Lasse gehabt haben. Aber enttäuscht war er! Es war schwer zu sagen, wer sich am meisten verprochen hatte: der Junge, dessen Rinderkrankheit sich das Unlaubliche aus allen Erzählungen aufbaute hatte, oder der Alte, der selbst schon einmal hier gewesen war.

Aber Pelle vermochte selber dem Dasein einen reichen Inhalt zu verleihen und war nach allen Seiten hin in Anspruch genommen, daß er nur so eben Zeit hatte, die Enttäuschung im Vorüberfahren festzustellen. Seine Welt war überflutet wie die des Fatirs: ein kleines Samen Korn konnte im Laufe von Minuten aufspröhen und zu einem mächtigen Baume werden, der alle andere überhöhtete. Die Ursache entsprang niemals der Wirkuna, und hier galt ein anderes Schwertstrafgesetz — die Ereignisse trafen ihn stets empor.

Die Wirklichkeit konnte ihn so hart bedrängen, wie sie wollte, immer kam er aus der Klemme heraus, in irgendeinem Punkt beruhigt. Und die Gefahr konnte niemals drohend groß werden, solange Vater Lasse beruhigend mächtig hinter allem auftrat.

Aber — Lasse hatte mehr als einmal im entscheidenden Augenblick versagt, und jedesmal, wenn Pelle mit ihm drohte, wurde er nur ausgelacht. Die Allmacht des Alten konnte nicht neben seiner zunehmenden Abfälligkeit bestehen bleiben, Tag für Tag bröckelte ein wenig davon ab. Pelle mußte, so ungenut es war, seine Vorlesung fahren lassen und den beschützenden Ausweg in sich selber suchen. Das war reichlich früh, aber er nahm die Verhältnisse auf seine Weise hin. Misstrauen hatte er sich schon angeeignet — und Scheu! Er machte täglich unbedenkliche Versuche, hinter die Worte der Leute und hinter die Dinge zu kommen. Da war ja wieder irgend etwas hinter allem! Oft führte es ihn in Verwirrung, zuweilen aber war der Ausfall auffallend gut.

Da waren Prügel, vor denen man weglassen konnte, weil der Zorn währenddessen verblaute, und andere Prügel, bei denen es darauf ankam, soviel wie möglich zu weinen. Die meisten schlugen nur, bis Tränen kamen, aber der Werwölfe konnte das Weinen nicht ausstehen, da galt es denn, die Zähne zusammenzubissen und sich hart zu machen. Die Leute redeten beständig davon, daß man die Wahrheit sagen sollte, aber um die meisten Prügel konnte man sich durch eine Notlüge herumdrücken — wenn sie nur gut ausgeht war, und man sein Gesicht gebügend in der Gewalt hatte. Sagte man die Wahrheit, so sah die nach außen wendete. Rad konnte er bauen, wann er wollte, aber größeren Knaben gegenüber mußte man am liebsten das Recht auf seiner Seite haben — wie zum Beispiel wenn der Vater angegriffen wurde! Dann half der liebe Gott. Hier war ein Punkt, wo der Junge geradezu die Allmacht besaß: hob und sich als Beschützer des Alten fühlte.

Lasse und Pelle zogen Hand in Hand durch das Leben, und doch ging jeder seiner Wege — Lasse fühlte das selber. „Wir lassen jeder an seinem Ende an!“ pflegte er mähmütig zu sich selbst zu sagen, wenn der Unterschied zu deutlich ins Auge sprang, „er ist im Aufstieg begriffen, der Junge!“

Das sah man am besten an den anderen. Auf die Dauer mußte man den Jungen gern haben, es konnte nicht anders sein. Die Knechte konnten hin und wieder auf den Einfall kommen, ihm irgend etwas zu schenken, und die Mägde waren herzengut gegen ihn. Pelle war die allerstärkste, werdende Jugend — sie konnten ihn auf einmal, wenn er so da ging, auf den Schoß nehmen und ihn abflüssen. Die personalisierte kindliche Unschuld konnten sie in den Arm nehmen und es einen jeden sehen lassen.

„Ja, er wird bei den Frauen beliebt!“ sagte Lasse dann. „Das hat er von seinem Vater!“ Aber dann lachten sie.

Immer wurde gelacht, wenn Lasse an dem Treiben der Erwachsenen teilnehmen wollte! Das erstmal — ja, da war er gut genug. — „Wo ist Lasse?“ rief es damals stets, wenn er aus dem Hause kam, oder wenn es sich um einen Brandwein spendiert wurde, oder wenn es sich um einen Scherz oder eine Demonstration handelte — „ruft doch Lasse Karlsen!“ Er brauchte sich nicht aufzudrängen, er gehörte von selbst mit dazu. Die Mädchen hatten zu allen Zeiten ein Auge auf ihn gerichtet — ein verbeirater Mann, wie er war; und er trieb Kurzwel mit ihnen. In allen Ehren natürlich, denn mit Beneta war nicht gut Kirshen essen, wenn ihr etwas zu Ohren kam.

Aber jetzt! Ja ja — ja ja! — Er durfte Brandwein für die anderen holen und ihre Arbeit verrichten, wenn sie frei hatten, ohne daß sie überhört etwas für ihn getan hätten. „Lasse — wo ist Lasse?“ rief man heute abend für mich füttern? — Kannst du morgen abend meinen Platz in der Haderfingischeune einnehmen?“

Es war ein Unterschied zwischen damals und jetzt, und Lasse hatte selbst die Erklärung dafür gefunden — er war im Begriffe, alt zu werden. Die Entdeckung selbst gab ihm den Rest. Sie breitete den Schein der Abfälligkeit über ihn aus, nahm seinem Sinn die Spannung und seinen Körper die letzten Spannungsüberreste. Am härtesten traf es ihn, als er entdeckte, daß er nichts mehr bei den Mädchen galt, gar nicht mehr in Betracht kam bei ihren Gedanken an Mannsleute. In Lasses Welt war kein Wort so schwer wie das Wort *Mann* — schließlich entschieden die Mädchen, ob man es war oder nicht. Lasse war es nicht — er war nicht gefährlich! Er war nichts als ein paar elendliche Ueberbleibsel eines Mannes, ein kornischer Rest von etwas Vergangenen — sie lachten laut über ihn, wenn er schön tun wollte.

(Fortsetzung folgt.)

## „Heinrich aus Andernach“

Dem Nibelungort des Friedens!

Frisch von Anruh, hürrischer Dramatiker und bekennender Republikaner, hat das Schwabenalter erreicht. Aber ihn hat es nicht mit sanfter Wehmut befallen! Sein jüngstes Werk „Heinrich aus Andernach“, ein Schauspiel zur Jahrtausendfeier der Rheinlande, das in Köln unter beispiellosem Jubel der Hörer vor einigen Tagen seine Uraufführung erlebte, ist ein lebendiges Zeugnis für seinen Kampfergeist in Dienste der ewigen Menschheitsverbündung. Wie hat er leidenschaftlicher auf den „Jinnen der Partei“ — nicht im parteipolitischen Sinne — die Tobbringer Gewalt und Krieg geachtet! Wie hat sich seine dichterische Kraft härter entzündet als hier, wo es galt, einem an sich äußerlichen Jubiläum inneren Sinn und tiefste Würde zu geben. Anruh sollte auf Grund eines Auftrages der Stadt Köln, ein „Festspiel“ schreiben. Aber „Heinrich aus Andernach“ wurde die Schicksalstragödie des Heins, wo die Wälder und ihre großen Entschörungen zwischen Schmerz und Frieden zusammenstoßen.

Anruh breitet auch im Stofflichen keine historische Makulatur aus. Er reißt die Barbarosafabrie ab, wiewil die Stoffbücher Mängel wech' kurz, die ganze Welt der „Nibelungen“. Sein Nibelundenleben stellt sich mitten in unsere Tage, in die Tage fremder Beschäftigung. Auf einer Bergwiese bei Andernach finden sich zu nächstlicher Stunde junge Leute ein, um ein Jahrtausendfestspiel zu geben. Mit knappen satirischen Strichen zeigt Anruh zu Anfang die politischen Seelenzustände jüngerer Gegenwart. Neben dem romantischen Jungweibchen-Gymnastischen der Sozialist, der Demokrat, der sich in nichts einmischt, und der herzenshafte Nur-Kämpfer und Schauspiel, der sich den Streik der Arbeit zu Ueberwinden unternimmt. Aber abseits von ihnen steht Karl, der kriegerische Goldschmied aus Köln. Er sieht, was die Andern nicht sehen: das Leuchten über dem ewigen Ertrume.

Wiebald reißt nun Anruh diese Menschen in eine dramatische Katastrophe hinein. Heinrich aus Andernach wurde, von einem französischen Soldaten mitten ins Gesicht gepeitscht! Es beginnt in heroischen Ohnmen der Kampf zwischen der Rache und der Liebe. Die Männer und Weiber stehen gegen die Mädchen und Frauen, die selbst Leben gezeugt und nun überleben entscheiden wollen. Dem Mann ist es das Höchste, für die Freiheit des geschändeten Volkes zu kämpfen, in dem er „seinen Gott erlebt“. Schon sollen die Feuer der Erhebung lodern, von Andernach bis Caub, von Caub bis Köln. Da zwingt der blinde Karl die große Wende des Gewissens herbei. Ein Massenraub aus unseliger Kriegszeit grüß er aus und aus dem Gespenstreich der Geopferteten haben fünf selbige Krüppel den „unbekannten Soldaten“ vom Toten Mann hoch über die Häupter der Streitenden. Heinrich, der Gepeitschte, hat er in Kamur in Kriegszeiten nicht selber gepeitscht, Wehrlose gepeinigt?

Mit dieser Reizfische schlug ich mich selber — die Mutter, dich! Und alle! Nun müßt sie in jeder Stadt, auf jedem Markt, einer schwingt sie über dem andern und der andere nühmnd über dem Nächsten! Ueber Bräder schwingen sie Bräder, Völker über den Kopf von Völkern! Ja, die Reizfische in uns allen schuf die Reizfische unserer Art!

Und alle wenden sich zum Strome, zum Heiligen Rhein, in der Mitte wird der „unbekannte Soldat“ verjagt, der „neue Nibelungort“ des Friedens. Wie wieder soll sich über ihn das unselige Geschwisterpaar Rache und Goh erheben und sein „modriges Zwiegespräch“ hinüber und herüber auf neue begimmen! In diesem letzten und entscheidenden Teile des Schauspiel gibt es Stellen von so starker dichterischer Plastik, daß man sie nicht vergessen kann:

Karl: Enges Land ist nur der Rache eigen — Ueber jeder Grenze hockt die Angst, zu verlieren, zu gewinnen . . .

Mädchen: Weites Land ist nur der Liebe eigen! Tausend Jahre sind wie gestern — Wo ein fühlend Weisen lebt . . . Seil dem Volke, das die Liebe als Exzeptet führt und sein Herz!

So wird der Rhein zum Symbol eines „neuen Nibelungort“. Aber es steht im lebendigen Wirken, mitten unter den tausend Schloten am Strome, unter dem Röhren der Maschinen. So kommt der Gruß der neuen Morgenröte! Die Männer heben den Stein vom Boden und bauen eine Friedensfestung. Die neue Wahrheit fließt und strömt vom Rhein zum Ozean . . .

Man sieht, Anruhs Schauspiel ist ein weitverbreitetes Werk. Es ist ein Schrei gegen die verlogene Rheinromantik und ihre listige Vedrudpoesie. Es ist den kindlichen Rachepielereien derer, die Frankreich immer noch „siegreich schlagen“ wollen, mit ingrinniger Gebärde abgewandt. Sein Jahrtausendspiel gibt die beglückende Lehre vom Rhein als Friedensbrücke in zwingender dichterischer Form. Wenn unsere Bildungsausschüsse künftig nach Dramen für festliche Anlässe suchen: im „Heinrich aus Andernach“ haben wir eins, aus dem Jugend, Liebe und Freiheitsklang des Friedens strömt, und das ohne großen hässlichen Aufwand aufgeführt werden kann. (Das Schauspiel „Heinrich aus Andernach“ ist soeben im Buchverlage der Frankfurter Societäts-Druckerei erschienen.) Anruh ist nicht der Unruhe im englischen Sinne, aber er steht doch als Bannerträger unseres tiefsten Willens mitten unter uns!

Georg Weher (Köln).

## Theater und Musik

### Konzert des Berliner Lehrergesangsvereines

Von allen den Kongressen, Weisen, Vereinsvereinen, Festen, Landesfesten, Tagungen und sonstigen Veranstaltungen, mit denen wir hier in der Landeshauptstadt in den letzten Tagen überreichlich bedacht wurden, darf wohl das Konzert des Berliner Lehrergesangsvereines besonderes Interesse beanspruchen. Die Berliner wurden von einer vollbesetzten Festhalle bewillkommen. Prof. Rüdell, der Berliner Domkapellmeister hat seinem Chor für die Grenzfahrt ein Programm zusammengestellt, das in seinem ersten Teil Einbild in die Moderne gestaltet. Rüdell, die letzte Säule, die die Bayreuther Festspielhauskunst noch stützt, ist der modernen Chordichtung ein fördernder Sachwalter. Trotzdem sein Herz mit tausend Fetzen an der Bayreuther Kunst hängt, geht er doch mit zuverlässigem Schritt in die neue Zeit hinein. Das erfordert Bewunderung. Dieses Mitgehen erhält den nimmermüden großen Chormeister elastisch, es verjüngt ihn und nur so ist es zu erklären, daß er mit seiner einzigartigen Ausbeutungsgabe dem Moldenhauer'schen Werk ein Relief verleihen konnte, das in Farben glühte und in tausend feinen, intimen reizvollen Stimmungen, Zeichnungen und Tuschierungen anregte und bei den großen dramatischen Entladungen festsetzte und bannte. Rüdell hat Jahre lang an seinem Sängermaterial mit großer gesangspädagogischer Kunst gearbeitet. Was er erreichen wollte, ist heute Vollendung geworden. Nur die Berliner werden wohl, neben den Wienern, die einzigen sein, die moderne Sätze in dieser Vollkommenheit verlebendigen können. Sie haben schon einmal, es war in Frankfurt, für Moderne sich erfolgreich eingesetzt. Dann kam eine unfruchtbare Zeit und nun kündigt Rüdell mit seinem Lehrergesangsverein wieder neue verheißungsvolle Zeichen, die, wie das immer ist, Widerspruch in den verschiedensten Formen auslösen. Dieses Hinaustragen eines modernen Programmes und seine großartige Propagierung auf der gegenwärtigen Sängerschaft bedarf der richtigen Bewertung.

Die Berliner haben ausschließlich (neben Massikern) nur moderne Berliner Werte gebracht. Es sind darunter Werte, die nicht aus den Manuscriptenwäldern herauskommen, weil sie demachen schwierig sind, daß weder ein Dirigent noch ein Chor Mut zur Verlebendigung dieser oft atonal gehaltenen Arbeiten, besitzen. Wie früher über den revolutionären Hegar die Massen geräuschelt wurden, so jetzt über Moldenhauer. Der deutsche Kunstchorführer findet sich spielend mit Hegar ab, es wird ihm auch mit Moldenhauer gelingen. Rüdell hat prächtige Stimmung. Strauß eine ganz feinsinnige Deklamation und dazu einen Rhythmus, der geradezu verblüfft. Rüdell weiß die Linie. Er stand am Anfang des Programmes. Da auch für die Berliner aller Anfang schwer ist, ward das Schicksalslied hauptsächlich für den Chor ein Schicksalslied. Rüdell bewachte seine Nähe, erst bis sich nach langem Suchen die Stimmen gefunden hatten, kam Stimmung, jedoch die „fehligen Genien“ noch im hellsten Lichte wandeln konnten. In idealer Vollendung gelang Mozart. Der gefürchtete Quintensprung war so einhellig, daß man glauben konnte, er wäre nur von einer wunderbaren Stimme gesungen worden. Gerade hier hat sich Rüdell'sche Disziplin geoffenbart, die jahrelange Schulung voraussetzt. Ganz wunderbar klingen die urgewaltigen Rasse, die an den Oten erinneren. Dort wo ihnen Gelegenheit geboten wurde (Moldenhauer) in Otaven zu geben, standen sie sich wie Cello und Kontrabaß gegenüber und erzielten reizvollste Effekte. Ein seltenes Lobfal für das Ohr war die Wiebergabe Schumanns „Die Rose stand im Tau“. Daß Rüdell und seiner Sängerschaft auch der Schalk im Raden sitzt, wurde mit dem frohen Wandermann bewiesen, bei dessen Verlebendigung ein Wald-, Fluß- und Wiesenquartett Vorbild war. Das Programm klang mit leichter Literatur aus, die mit stürmischen Beifall aufgenommen wurde.

Nach dem Konzert fand Begrüßungsbanlett im großen Festsaal statt. Der Vereinsvorsitzende des Karlsruher Lehrergesangsvereines Herr Fischer hieß mit herzlichsten Worten die Berliner Kollegen willkommen. Dann betrat Staatspräsident Hellpach das Rednerpult und belonte in seiner Rede den Wert des Gesangs im Lied und im Volksleben. Bürgermeister Dr. Kleinschmidt vermittelte die Grüße der Stadt und feierte Prof. Rüdell, Stadtschulrat Dr. Heidinger hieß im Namen der städtischen Schulbehörde die Gäste willkommen. Es fanden noch chorische Darbietungen statt, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Eine jangesbrüderlich-fröhliche Stimmung hielt die Gäste und Gastgeber lange fest. Se.







Karlsruher Polizeibericht vom 18. Juni

Anfall. Gestern Abend stieg ein 10 Jahre alter Schüler an der Haltestelle Georg-Friedrich-Strasse aus einem nach Durlach fahrenden Straßenbahnwagen aus...

Zusammenstoß. In der Kapellenstrasse fuhr gestern nachmittags ein verb. Wirt von Grödingen mit seinem Motorrad auf einen Personkraftwagen auf...

Wäluta

nach dem Berliner Kurs vom 17. Juni. Belgien 19.88 M per 100 bel. Fr.; Holland 168.54 M per 100 fl.; Spanien 61.07 M per 100 Pes.; Schweiz 81.445 M per 100 schw. Fr.; Italien 16.06 M per 100 Lire; England 20.387 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 112.23 M per 100 Kronen; Frankreich 20.08 M per 100 frans. Fr.; Desterreich 59.067 M per 100 Schilling; Neuseel 4.195 M per 1 Dollar; Slowakei 12.425 M per 100 Kronen.

Vordrucke Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag, 19. Juni: Westwind bewölkt, ohne nennenswerte Niederschläge, mäßig warm.



Die Bezirks Komitee, Oststadt und Weststadt heute Donnerstag Abend gemeinsamer Ausmarsch. Ansetzen 7 1/2 Uhr. Oststadt - Oststadt: Lokal zur 'Krone' (Oststadt). Weststadt: Ecke Kronenstrasse und Zirkel. Treffpunkt der drei Bezirke Friedrichstaler Allee.

Bezirk Weststadt. Freitag, 19. Juni, abends 8 Uhr, 'Unter den Linden' Versammlung. Erscheinen aller Gruppenführer und aktiven Mannschaften unbedingt notwendig.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Landestheater: Der Kreidreißer. 7-10 Uhr. Stadtgarten: Konzert 8-10.30 Uhr. Kaffee Odeon: Künstlerkonzert mittags und abends. Reibenspiele: Der Kater und sein Modell. Der Schuß. Balastspiele: Ralph Rortons galante Abenteuer. Orgelfor-Künstlerpiel: Abend 8.30 Uhr Kabarett mit Künstlerpielen in feinem Stil. Kaffee Bauer: Konzert nachmittags und abends. Weltkino: Das Kentud-Verb. Uniontheater: Die Luftfahrt über dem Ozean. Operette durch Funkdruck. Bab. Lichtspiele - Konzerthaus: 'Horrido', der große Jagd-film. 8 Uhr. Gesellschaft für deutsche Bildung: Vortrag über 'Erfahrungen im neu-pädagogischen Unterricht'. Technische Hochschule, Kutschau, Hofaal 18, 8 Uhr. Kaffee Romad: Vortrag 'Das Gas im Haushalt'. 4 und 8 Uhr. Zentralverb. der Angestellten: Mitgliederversammlung im 'Friedrichshof', 8 Uhr. Intern. Polizeitechn. Ausstellung. 9-8 Uhr.

Der zweite Kongress des Afa-Bundes

München, 18. Juni. (Eigener Bericht.)

Am Montag vormittag trat in München der zweite Afa-Kongress unter Beteiligung von ca. 300 Teilnehmern zusammen. Der große Festsaal im Hotel Wagner machte mit seiner für München nicht alltäglichen schwarz-rot-goldenen Ausschmückung einen überaus feierlichen Eindruck. Auf der Bühne ragte aus einem Hain von Palmen die Büste Friedrich Eberts empor. Den Kongress eröffnete der Afa-Bundesvorsitzende Aufhäuser und begrüßte zunächst die große Zahl der Gäste aus dem In- und Auslande. Die Reichs- und Staatsbedörden hatten zahlreiche Vertreter entsandt. Besonders bemerkenswert ist die große Zahl der Vertreter der internationalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Aufhäuser an ein Wort Napoleons, nach dem der Degen und der Geist die entscheidenden Mächte in der Welt sind. Für die freien Gewerkschaften, aber auch für das ganze deutsche Volk muß heute nur die Politik des Geistes Geltung haben, um die Wölfer zu verjagen und die Weltwirtschaft dem Bedarf zu erschließen. Die verantwortlichen Regierungen sollten sich diesen Standpunkt zu eigen machen. Gerade München muß, das heute im Zeichen der Weltwirtschaft steht, unsere Auffassung erläutern, denn diese Ausstellung ist nicht nur der Ausdruck für ein hartes wirtschaftliches Leben unserer jungen deutschen Volkswirtschaft, sondern sie zeigt auch die hohe gesellschaftliche Bedeutung des Berufsstandes für eine internationale Annäherung der Völker. (Beifall)

In der Eröffnungsrede Aufhäusers schloß sich eine Reihe von Begrüßungsansprachen der anwesenden Gäste. Besonders bemerkenswerte Ausführungen machte Cuddegit, der in Gedanken die unbedingte Zusammenarbeit der Hand- und Kopfarbeiter auf das große Ziel des Afa-Bundes in den Vordergrund stellte. Die Grundfrage der Zusammenarbeit der internationalen Gewerkschaftsbewegung kann nur demokratisch sein. Andere Reichsbanner als die reine Demokratie können in der Gewerkschaftsbewegung nicht angewandt werden. Man hat in der letzten Zeit viel geschrieben von Handelsbeziehungen zwischen Moskau und Amsterdam. Wir Amsterdamer können in dieser Richtung der Zukunft ruhig entgegensehen, wir können die große Tür ruhig offen halten für die Mitarbeit unserer russischen Kameraden, und ich denke, daß die Zeit nicht mehr fern sein wird, daß die Massen auf der Grundlage unserer Statuten Mitglieder dieser Internationale werden, weil sie eben der Mitarbeit der Kameraden in Europa bedürfen.

Im Namen des Direktors Thomas vom Internationalen Arbeitsamt, der sich auf einer Reise nach Amerika befindet, verlas sein deutscher Vertreter Regierungsrat Donau eine längere und sehr bemerkenswerte Botschaft.

In der Nachmittags Sitzung erläuterte Bundesvorsitzender Aufhäuser den Geschäftsbericht über die inneren Angelegenheiten des Afa-Bundes. Seit dem Düsselbacher Kongress im Jahre 1921 habe sich der Bund außerordentlich gut entwickelt. In allen 15 Organisations des Bundes gehe es aufwärts. Die Zusammenarbeit zwischen Afa-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterbund entwickle sich zu aller Zufriedenheit. Die kommunistische Forderung innerhalb des Afa-Bundes habe völlig Schiffsbruch gelitten, jedoch auch diese Krise glücklich überwunden sei. Den Geschäftsbericht über die äußeren Angelegenheiten des Bundes erläuterte Genosse Aufhäuser, der in großen Zügen die ungeheuren Schwierigkeiten schilderte, die der Afa-Bund in den letzten fünf Jahren zu überwinden hatte. Durch die Kennzeichnung des deutschen Unternehmens und der deutschen Sozialpolitik der letzten Jahre ergebe sich ein Gesamtbild der deutschen Wirtschaft. Als das Günstigste bezeichnete Auf-

häuser die Betrachtung der Sozialpolitik als eine Machfrage. Wenn die Sozialisierung auf dem Wege der Gesetzgebung in den letzten Jahren nicht gelungen sei, so müsse es Aufgabe der freigewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten sein, mehr als bisher in die Privatwirtschaft einzudringen. Man müsse versuchen, nicht nur auf dem gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Wege, sondern auf dem Wege der Stärkung des politischen Einflusses der deutschen Arbeitnehmererschaft Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches zu gewinnen. Man dürfe die politische Neutralität nicht so weit steigern, daß die Angestellten politisch indifferent werden, sondern solle sie immer daran erinnern, daß sie auch politisch ein wichtiges Element als deutsche Staatsbürger sind. Die Angestellten müßten in erster Linie ihre eigenen Kräfte steigern. Deshalb müsse von diesem Kongress der Ruf ausgehen: Unser Weg von München führt auf die Straße der organisierten Selbsthilfe. Den Angestellten wird nicht geholfen, wenn sie sich nicht selbst helfen.

Eine Kritik an dem vorgelegten Geschäftsbericht wurde in der Diskussion nicht geübt. Einstimmig angenommen wurde u. a. der Antrag auf Schaffung eines zeitgemäßen Theatergesetzes und die gesellschaftliche Unterbindung des Dilettanten-Tunwezens.

Kleine badische Chronik

\* Steinmauern. Gestern nachmittag wurde am Rhein oberhalb der Murgmündung die Leiche eines etwa 17jährigen jungen Mannes von einem Grenzbeamten angetroffen. Die Leiche war nur mit einer Badehose bekleidet und wies keinerlei Verletzungen auf.

\* Gerichtsleben bei Tauberbischofsheim. Am Sonntag wurde hier beim Kleinfiskusbesitzer auf dem Schützenstand der 15jährige Sohn des Herrn Kreisabgeordneten Baumhuf wohl infolge Unvorsichtigkeit erschossen.

\* Gasthof (Rinsialal). Das 60jährige Jubiläum der hiesigen Feuerwehr am 27., 28. und 29. Juni hat einen starken Besuch zu erwarten, denn über Erwarten haben sich bereits zahlreiche Wehren aus nah und fern angemeldet. Es war vorauszu sehen, daß das reisende Städtchen mit seiner fast frohen Bevölkerung anlockend wirkte. Die Erwartungen werden nicht getäuscht werden, emsig arbeiten die einzelnen Ausschüsse zum Gelingen des Ganges.

Rezeptionsstellen bei Tauberbischofsheim. Am Sonntag wurde hier beim Kleinfiskusbesitzer auf dem Schützenstand der 15jährige Sohn des Herrn Kreisabgeordneten Baumhuf wohl infolge Unvorsichtigkeit erschossen.

\* Karlsruher. Freie Turnerschaft. Alt-Derren-Riese: Seite 7.15 Uhr. Goethehalle. (3718)

Schweizerisches Arbeiterjüngerkraft. Donnerstag, 18. Juni, abends 8 Uhr, in der 'Deutschen Eiche' Sitzung der Quartierkommission. Vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Arbeiter-Kadaverbund Solidarität, 3. Bezirk. Sonntag, 21. Juni, vorm. punkt 9 Uhr, in Durlach (Schützenhalle) Bezirkswertungsarbeiten. Alle Ortsgruppen müssen Vertretungen entsenden. 625 Die Bezirksleitung.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Freitag abends 8 Uhr im 'Salmen' außerordentliche Versammlung, zu der alle aktiven und passiven Mitglieder unbedingt erscheinen müssen. Stellungnahme zum Kreisstag in Mannheim. 3695

D.M.B. Flechner und Installateure. Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, äußerst wichtige Versammlung aller in Bau beschäftigten Kollegen. Lokal: 'Gambirius'. Stellungnahme zum Verhalten der Arbeitgeber. Die Branchenleitung.

Betrifft Das Ergebnis des Damenurteils über TUFUMA

BATSCHARI

Das Preisgericht konnte endlich unter den vielen tausend Bewerbungen die 10 Preisträgerinnen bestimmen, welche als Batscharigäste in Baden-Baden erwartet werden.

Das Preisgericht konnte endlich unter den vielen tausend Bewerbungen die 10 Preisträgerinnen bestimmen, welche als Batscharigäste in Baden-Baden erwartet werden. Ausserdem wurde beschlossen, noch eine Anzahl von Trostpreisen in Form von Tufumazigaretten zu verteilen. Die Namen der Preisträgerinnen werden nur auf besondere Anfrage den Mitbewerberinnen mitgeteilt. Die Rücksendung der Bilder der Nichtpremierten ist im Gange.



Freie Turnerschaft Karlsruhe. Mitherrerie. Seite 1/2, 8 Uhr, in der Goethehalle. 3717

Friseur Schönheitspflege. Bedienung durch erste Kraft in- und außer dem Hause. 3674. Damen- und Herren-Frisieralon. Fritz Schuh. Schillerstr. 44, Tel. 5064.

Abboniert die Frauenwelt durch die Volksbuchhandlung. Adlerstr. 48

Die Landeshauptstadt Karlsruhe hat vom 15. Juli ds. Js. ab etwa 1000 qm Ausstellungsraum zu vermieten. Bedingungen können beim städtischen Hochbauamt, Leopoldstr. 10/12 2. Stod. Zimmer 17, vormittags von 8-12 Uhr eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis 1. Juli 1925, nachmittags 6 Uhr, verschlossen und mit der Aufschrift 'Vermietung von Ausstellungsraum' versehen, einzulegen. Karlsruhe, den 18. Juni 1925. Städt. Hochbauamt.

Achten Sie auf meine billigen Preise! Covercoat und Ripsmäntel . Mk. 13.00 an. Alpacamtl. 16.00 an, Burberrymtl. 26.00 an. Kinderregenmäntel, 65-95 cm Mk. 6.00. Musslinkleider 3.25 an, Kinderklid. 1.50 an. Frotte- und Vollekleider . . . Mk. 6.00 an. Kasacke, Blusen . . . . . 95 Pfg. an. Ein Posten Choviotkostüme mit Trasso besetzt, schwarz, blau, mode, grau Mk. 22.00. Daniels Konfektionshaus Wilhelmstr. 36, 1 Treppe.

Adler-Presto-Fahrräder. Diamant. Ersatzteile • Pneumatik • Reparatur-Werkstätte. Xaver Hoffner, Karlsruhe, Mühlgang. Hardtstraße 27 - Telephon 1886.

Große Reklame machen wir nicht. Aber dafür liefern wir prima Waren zu billigsten Preisen bei mäßiger Anzahlung. Auf Teilzahlung. Herren-, Damen- u. Kinderkonfektion sowie Manufakturwaren. Bei der Reklamefähigkeit unseres Lagers dürfte jedem Geschmack Rechnung getragen sein. Karl Storsberg. Kaiserstr. 247. Eingang Leopoldstr. am Kaiserplatz. Schwestergeschäfte: Saarbrücken, Mannheim, Ludwigshafen, Pforzheim, Elberfeld.

Sämtliche Farben, Lacke etc. gebrauchsfähig f. Anstriche aller Art, vorteilhaft im Farbhaus Hansa, Waldstr. 15, b. Colosseum.

Rastatter Anzeigen. Der Abfall des Federbuchs wird in der Zeit vom 22. Juni bis 4. Juli ds. Js. vorgenommen werden. Gegenüber oder sonstige Federbücher sind von den Weraufgehörten soweit zu entfernen, daß der Auswurf abgelagert werden kann, andernfalls ist die Verletzung jeder etwa entstehenden Schäden selbst zuzuschreiben. Rastatt, den 18. Juni 1925. Der Oberbürgermeister.

Pfannkuch. Zur Mostbereitung entkernte kalifornische Most-Rosinen. 8.- pro Kilo. Für Hotels, Bäckereien, Konditoreien usw. als Backrosinen geeignet. Versand nach auswärts. Pfannkuch.

Zwangsversteigerung. Freitag, den 19. Juni 1925, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Pfandlokal, Steinstraße 23 hier, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: Möbel aller Art, eine Partie neue Bücher und verschied. Schreibwaren. Am selben Tage, vormittags 11 Uhr, mit Zustimmung: Scheffelstr. 55 im Hof: eine elektrische Startstromleitung. Die Versteigerung der Bücher, Schreibwaren und d. Startstromleitung findet bestimmt statt. 3715 Karlsruhe, 17. Juni 1925. Grether, Gerichtsvollzieher.

H. Reimann & Co. Sämtliche Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Gemüse- u. Obstkonerven f. Haus u. Wandern. Frisch- und Dauerwurst aller Art. Käse. 8898. all. Qualitäten in allen Preislagen. Besonders billig: Weißwein: St. Rartiner Flasche 1.20. Rotwein: Dürkheimer . . . 1.30. Deutscher Weinbrand . 1/2 . 4.80. Ritzwasser . . . . . 1/2 . 2.75. Ritzwasser . . . . . 1/2 . 4.80. Verkaufsstellen: Karl Wilhelmstr. 66: Englisch; Ungarischerstr. 37: Schwedisch; Zerkentstraße 2: Weigold; Schwabenstraße 26: Braun; Engländer, Kassenstr. 26: Deutsch.

Zwangsversteigerung. Freitag, den 19. Juni 1925, vormittags 10 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Hofe Kaiserlicher 27, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: Zwei Bonnh, 8jährig. Versteigerung bestimmt. Karlsruhe, 17. Juni 1925. Grether, 3716 Gerichtsvollzieher.



**Odenheim (Bruchsal).** In der Nacht vom Samstag auf Sonntag hat sich die 59 Jahre alte, von ihrem Manne getrennt lebende Frau W. hier mit einem Brotmesser den Hals durchgeschnitten. Durch herbeieilende Familienangehörige wurde sie daran gehindert, sich an Ort und Stelle zu töten. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde Frau W. in das Spital nach Bruchsal überführt, wo sie ihrer schweren Verletzung erliegen ist.

**Müllendorf.** In Dentingen schlug am Samstag mittag der Blitz in das Wohn- und Konsumgebäude des Landwirts Gottfried Müller. Das Haus stand sofort in hellen Flammen. Das lebende Inventar konnte gerettet werden, während das tote fast völlig verbrannte. Der Schaden wird auf 45-50 000 M. geschätzt, wovon nur ein kleiner Teil durch Versicherung gedeckt ist.

**Safenkassens-Insua in Odenheim.** Aus Odenheim bei Bruchsal wird uns berichtet: Am 14. Juni veranstaltete der neugegründete hiesige Schützenverein unter Führung des Dr. Mauerer ein sogenanntes Schützenfest. Der Verlauf des „Festes“ zeigte wieder, was es mit diesen Schützenvereinen für eine Bewandnis hat. Es sind weiter nichts wie rechtsradikale, nationalistische Organisationen, die unter dem Deckmantel eines Schützenvereins auf dem Lande, weil andere Namen keine Zuträufel hätten, im Trüben zu fischen versuchen. Die Behörden seien nachdrücklich auf das Treiben solcher „Schützenvereine“, deren ganzes Arbeiten und Wirken gegen den heutigen Staat gerichtet ist, aufmerksam gemacht. — Das Odenheimer Schützenfest hat im Orte selbst wenig Anhang; es wurde deshalb Hilfe und Unterstützung von außerhalb beigegeben. Und zwar ausgerechnet und bezeichnenderweise holte man die Herren vom Jungdeutschen Orden hierher, an der Spitze sogar ein Großmeister, der einen Paradezug abnahm. Damit ist am klarsten bewiesen, was es mit dem Schützenverein auf sich hat. Das freche, anmaßende Auftreten der Jungdeutschen hat hier gerade noch gefehlt, um dem „Schützenverein“ die letzten etwa noch vorhandenen Sympathien zu nehmen. Die Arbeiterschaft blieb dem Rummel ästhetisch fern; der Festzug und der Besuch des Festplatzes war geradezu kläglich; das war die beste Antwort der hiesigen Bevölkerung auf den Safenkassensinsua. Hoffentlich bleiben wir nun von weiteren Heimtuckereien von dieser Seite verschont.

**Letzte Nachrichten  
Gegen die deutschnationalen  
Volksbetrüger**

**Halle, 17. Juni.** Einen Vereinfachung von unwahrscheinlichem Ausmaß erlebte am Dienstag die deutschnationale Partei infolge ihres Wablaufwertungschwinds in Halle. Dort hatte die Partei der Sparrer und Aufwarter, der auch ziemlich viel Mitglieder der deutschnationalen Partei angehören, eine Abrechnungsverammlung einberufen. Sie führte zu tumultuarischen Auseinandersetzungen abtrümmig gewordener Sparrer von der deutschnationalen Partei. In dieser Versammlung wurden ihre ehemaligen Mitglieder öffentlich die Partei der „konfessionierten Wortbrecher“ genannt, die weder den Namen „deutschnational“ noch „Volkspartei“ verdienen. Am nächsten, so führte der bekannte Rechtsanwalt V. H. aus, nenne man diese Partei mit dem Namen „National-kapitalistische Partei“, denn was sie getan habe, wäre weiter nichts als die schamloseste Interessensvertretung des Großkapitals. Es stellte sich ferner heraus, daß die deutschnationalen in Halle den Reichstagswahlkampf schleunigst verbrannt haben, als die entzückten Wähler jetzt noch einmal darnach verlangten. Als solche Wähler verlesen wurden, war es auch mit dem Rest der Zusammengehörigkeit der Versammelten zur deutschnationalen Partei, die die ganze Parteileitung in Halle zur Rettung der verlorenen Schäfchen aufgeben hatte, vorbei. Es taat auch unter den Kennern und Enttäuschten.

**England, die Militärkontrollkommission und die Befehung am Rhein**

**London, 17. Juni. (Unterhaus.)** In Beantwortung eines Erfragens Macdonalds stimmte Baldwin zu, daß Donnerstag abend von 8.15 bis 11 Uhr die Debatte über die Lage in China stattfinden. Eine Regierungserklärung werde wahrscheinlich von ihm (Baldwin) abgegeben werden. Sir Frederick Hall fragte nach dem Umfang der Kontrolle, die jetzt von den Alliierten ausgeübt werde, um die Durchführung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags durch Deutschland zu erreichen, und ob angesichts der Tatsache, daß vom Augenblick der Zurückziehung der alliierten Kontrollkommission die Deutschen nur etwa 1 Jahr brauchen, um ihre Vorräte an Geschützen und Munition im Jahre 1918 zu erreichen und ob die Alliierten die vorläufige Befehung der deutschen Gebiete am Rhein aufrecht erhalten werden. Unterstaatssekretär Samuel erwiderte, die internationalisierte Militärkontrollkommission werde in Deutschland bleiben, um die feinen Forschungen zu übernehmen. Was den zweiten Teil der Frage betreffe, so sei die Politik der britischen Regierung die, daß die Artikel des Vertrags bezüglich der Befehung des deutschen Gebiets strikte beobachtet werden müßten. Der konservative Parteiführer fragte hierauf, ob man denn nicht sehe, daß Deutschland entwarf, sei sehr beträchtlicher Zeit. Jede weitere Befehung deutschen Gebietes könne nur zur Erregung führen. (Beifall bei der Arbeiterpartei.)

**Das Koalitionskabinett in Belgien**

**Brüssel, 17. Juni.** Das neue Kabinett setzt sich endlich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Wirtschaft Pouillet (Katholik), Aeuere Angelegenheiten Vandervelde (Soz.), Inneres Kolin Jacquemonts (liberale Tendenz), Wissenschaft und Kunst Camille Susmans (Soz.), Justiz Paul J. Schöffen (Kath.), Finanzen Albert Janssen (Kath.), Nationalverteidigung General Kestens (liberale Tendenz), Eisenbahn Ansele (Soz.), Öffentliche Arbeiten Vabouille (Soz.), Landwirtschaft Van de Broere (Kath.), Industrie und Arbeit Bauwerts (Soz.), Kolonien Carton (Kath.).

**Brüssel, 17. Juni.** Der sozialistische Generalrat hielt des neuen Kabinetts Pouillet nach sechsstündiger Debatte mit 40 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung gut. Die Opposition wandte sich namentlich gegen den Verzicht auf das Innenministerium und die Person des neuen Innenministers Kollin-Jacquemont, der zur Großindustrie und Finanzen gehört. Damit ist das Kabinett Pouillet doch noch Wirklichkeit geworden.

**Painlevé über die Lage in Marokko**

**Paris, 17. Juni.** Die Kammerauschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und für Meeresangelegenheiten und für die Finanzen sind heute nachmittag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um den Bericht Painlevés über seine Reise nach Marokko entgegenzunehmen. Painlevé erklärte, bevor er seine Ausführungen beginne, müsse jeder Anwesende die ehrenwärtige Verpflichtung abgeben, daß er keine Mitteilung mitteilbarer Art, die gemacht werden, weitergeben. Die Kommunisten erhoben Widerspruch gegen das Verlangen des Ministerpräsidenten und nahmen das Recht für sich in Anspruch, der Sitzung beizuhören, ohne eine ehrenwärtige Verpflichtung zu übernehmen. Der Vorsitzende, Abg. Franklin Bouillon, schloß vor, einen Unteranschluß einzufügen, der sich in ein anderes Beratungssitzung begeben solle, um dort die Erklärungen

gen des Ministerpräsidenten unter Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten entgegenzunehmen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Bevor die erwähnten Mitglieder des Unteranschlusses sich nach dem Beratungssitzung begeben konnten, erschienen 6 kommunistische Abgeordnete und verlangten Zutritt. Dieser wurde ihnen verweigert, worauf der kommunistische Abg. Martz verfuhr, den Eintritt zu erzwingen. Es entstand eine erregte Szene. Nach den Zwischenfällen hat der Unteranschluß getagt. In einer privaten Sitzung hat der Ministerpräsident, wie das offizielle Communiqué besagt, in der weitestgehenden Weise auf alle Fragen, die ihm von den Vertretern aller Parteien gestellt wurden, Antwort erteilt. Etwa 100 Mitglieder dieser 6 Ausschüsse haben Kenntnis von diesen Erklärungen genommen, und Painlevé den Dank hierfür und für die Durchführung seiner Mission in Marokko ausgesprochen, auch dem Abg. Malvo für seine Verhandlungen, die er in Spanien geführt hat. Ebenso ist dem sozialistischen Abg. Paul Boncour für die Rolle, die er bei den Verhandlungen über den Waffenhandel in Genf gespielt hat, der Dank ausgesprochen worden.

**Paris, 18. Juni.** Zu den Zwischenfällen, die sich anlässlich des Verhaltens der kommunistischen Abgeordneten in der Sitzung der Kammerauschüsse ereignet haben, wird noch berichtet: Als der kommunistische Abgeordnete Doriot protestierte, rief ihm Franklin Bouillon zu: „Schweig Sie, Sie sind ein Verräter!“ Zehn Minuten etwa dauerte diese Szene, und als die kommunistischen Abgeordneten sich nicht entfernen wollten, wurden Soldaten der Garde Republicaine beordert, um das Besondere des Sitzungssaales zu räumen. Jetzt erst entschlossen sich die kommunistischen Abgeordneten, der Sitzung fernzubleiben.

**Um die Farben der vertrachten Monarchie**

Die Deutschnationalen haben nicht gewagt, ihren im Hauptauschluß eingebrachten Antrag auf Wiedereinführung der schwarz-weiß-rotten Reichsfarben auch im Plenum des Reichstages einzubringen. Der parlamentarische Dienst der Zentrumspartei stellt fest, daß die Flaggenfrage zunächst aus den politischen Erörterungen herauszulassen ist. Dazu schreibt die Streifenmännchen „Zeit“: „Wohl mag es nicht an der Zeit sein, innerpolitische Fragen in Kämpfen, bei denen es hart auf hart gehen wird, zur Klärung zu bringen. Die Außenpolitik fordert Geschlossenheit. Liegt die ganze Angelegenheit jetzt bei den Äften, dann dürften es nur Handlanger sein, die jeder Zeit erreichbar sind und jederzeit wieder aufgeschlagen werden können.“

**Die Großmächte gegen China**

**London, 17. Juni.** Die Vertreter der Großmächte richteten am Mittwoch eine gemeinsame Note an das Auswärtige Amt in Peking, die allgemeine Unterstützung in den politischen Kreisen erregte. In einem Schreiben wird festgestellt, daß in allen Teilen Chinas die fremdenfeindliche Bewegung im Wachsen sei, und daß die das öffentliche Leben zerschneidenden Linien sich vermehren. Es sei Veranlassung zu schwerer Bedenken vorhanden. Die Note drängt in energischem Ton auf einen entscheidenden Schritt zur Herabsetzung der gegenwärtigen Lage.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe**

**Sterbefälle.** Otto Barth, 77 Jahre alt, Steuereinnahmer a. D., Witwer. Josef Kries, 23 Jahre alt, Schloffer, ledig. Josef Bauer, 22 Jahre alt, ohne Beruf, ledig. Friedrich, 1. 3. 6 Monate, 16 Tage alt, W. Konrad Kellermann, Widwaufer.

**Koch-Vortrag.** Unserer heutigen Auflage der Akt- und Südstadt liest ein Prospekt der Firma Lechner u. Sohn hier bei betr. Kodoportrat und Ausstellung von Gasbrennern im Kaffee Kowak. Unsere Leserfahrt, besonders die Leserinnen, seien hierauf aufmerksam gemacht.

Ab Donnerstag, den 18. Juni

**Aussteuer-Tage!**

Wir bieten mit dieser Veranstaltung den Kunden unseres Hauses eine besonders günstige Gelegenheit zur Anschaffung von Wäsche, Betten und Aussteuer-Artikeln jeder Art.

- |  |   |  |
|--|---|--|
| Handtücher<br>Rtr. Rtl. 0.40 0.32                | Hemdchen 80 cm br.<br>geblickt Rtr. Rtl. 0.60         | Zephir gestreift<br>Rtr. Rtl. 0.68                   |
| Bett-Mattin 80 cm<br>breit . . . Rtr. Rtl. 0.78  | Kensproe feinfädig<br>Rtr. Rtl. 0.70                  | Dammwollflanel, gefr.<br>u. farbert . Rtr. Rtl. 0.75 |
| Bett-Mattin 150 cm<br>breit . . . Rtr. Rtl. 1.05 | Flod-Ädper 80 cm br.<br>Rtr. Rtl. 0.95                | Sport-Flanel<br>Rtr. Rtl. 0.95, 0.85                 |
| Bett-Zug 80 cm<br>breit . . . Rtr. Rtl. 0.95     | Pelz-Bianc best Qual.<br>Rtr. Rtl. 1.35               | Schur-Zug 115 cm<br>breit . . . Rtr. Rtl. 1.10       |
| Halbleinen 80 cm<br>breit . . . Rtr. Rtl. 1.60   | Zamast 130 cm breit,<br>Rtr. Rtl. 1.95                | Kleider-Zug 85 cm<br>breit . Rtr. Rtl. 1.40, 1.25    |
| Halbleinen 150 cm<br>breit . . . Rtr. Rtl. 2.25  | Bett-Barchent 80 cm br.<br>1.75, 130 cm br. Rtr. 2.75 | Hauszug 150 cm breit<br>Rtr. Rtl. 1.85               |

**W. Boländer**  
Großer Wäschstoff-Verkauf

**Verwandte Betten**  
werden vollständig geruchlos in meiner ortsfesten Anlage unt. Garant behandelt.  
**D. V. G. U. Anton Springer**  
Ettlingerstr. 51 304 Telefon 2340

**Schul-Artikel**  
Briefpapiere  
Schreibwaren  
Ansichtskarten  
empfehl.  
**Volksbuchhandlung**  
Waldstr. 43. Tel. 3701.

**Apfelwein**  
Rein vergoren  
In anerkannt  
gut Qualität  
in Gebirgen  
von 20 Jhr. an  
höher leib-  
liche Eigen-  
tumlicher  
herber, trocken  
los gereinigt.

**50 möblierte Zimmer**  
ein und zweibettig sucht die Leitung der Sommerperette für ihre Mitglieder unter voller Haftung für Mietzahlung. Angebote an  
**Direktor Brantner**  
Städtisches Konzerthaus

**Fr. Donner**  
Apfelwein-  
fester  
Jahrgang  
40  
Tel. 2950

**LASSALLIA**  
KARLSRUHE  
1895

**Todes-Anzeige.**  
Wir legen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden unseres aktiven Mitgliedes  
**Josef Bauer**  
Hilfsarbeiter  
(Hofenstraße 45) in Kenntnis.  
Die Beerdigung findet heute Donnerstags nachmittags 1/2 5 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.  
Die Sängerk treffen sich um 4 Uhr vor der Kapelle.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
3719 Die Verwaltung.

**Dankfagung.**  
Für die aufrichtige Teilnahme, die uns beim Hinscheiden meines Lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders, Schwagers u. Onkels  
**Gottlieb Frank**  
erwiesen wurde, sagen wir innigsten Dank. Besonderen Dank für die schönen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhe.  
Karlsruhe, 17. Juni 1925.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Frank Vina Frank Witwe.**

**Trauerhüte**  
in jeder Preislage stets vorrätig  
**S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.**

**Trauerbriefe** liefert Buchdrucker  
Volkshilfsverein

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme anlässlich des Ablebens unseres lieben einzigen Sohnes  
**Wilhelm**  
sprechen wir allen unseren herzl. Dank aus.  
Karlsruhe, den 17. Juni 1925.  
Die trauernden Eltern:  
**Georg und Regina Grees**  
geb. Dieg.  
3702

**Durlacher Anzeigen.**  
**Zurngemeinde Durlach.**  
Den Mitgliedern nochmals zur Kenntnis, daß bis längstens den 19. Juni der Beitritt einbezahlt sein muß. Das Jahrgeld beträgt 8 M. hin und zurück. — Sollte jemand gesonnen sein mitzufahren, so wolle man sich alsbald beim Kassier, Herrn Joh. Wähle, Adlerstraße 9, melden.  
627 Der Vorstand.

**Arbeitsvergebung.**  
Die Reinigungsarbeiten des Viehhofs auf Durlacher Gemarkung werden am  
**Montag, den 22. Juni 1925,**  
vormittags 8 Uhr  
im Wege öffentlicher Versteigerung vergeben. Anwesenheit bei der Verbandsabrede ist an der Weingartenstraße.  
Durlach, den 16. Juni 1925.  
Der Oberbürgermeister.

**Kanal- und Schwemmgebühr.**  
Die Schwemmgebühr, die bisher noch dem Steuerwert der Hausgrundstücke berechnet wurde, soll künftig wie früher nach der Zahl der klosettfähige, Wasserlagen und Stallungen berechnet werden.  
Ich fordere deshalb die Gebäude-Eigentümer bezw. deren Beauftragte nochmals auf, bis spätestens 1. Juli ds. J. dem hiesigen Tiefbauamt mündlich anzugeben, wieviel klosettfähige Wasseranlagen, Stallungen, wieviel Wasserleitungen, Wasserleitungen, Wasserleitungen an die Grundstücksentwässerung bezw. an den Straßenkanal angeschlossen sind.  
Die Anmeldepflicht erlischt sich auch auf abwesende und Langzeitüberläufer.  
Diejenigen Eigentümer bezw. Beauftragte die dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben strafbares Einschleichen zu gewärtigen.  
Durlach, den 16. Juni 1925.  
Der Oberbürgermeister.

**Arbeiter! Werbet für Euer Zeitung!**







# FREITAG EXTRA-SAMSTAG PREISE SAMSTAG



**Einkochapparat**  
verzinkt, mit Thermo-  
meter und 6 Federn. 6.95

**Rasierapparate**  
Ein großer Posten  
Rasierapparate  
in Nickeldosen . . . Stück 1.10  
Rasierapparate . . . . . 1.90  
3teilige Rasiergarnituren  
vernickelt . . . . . 1.25  
Rasiervergrößerungs-  
spiegel doppelseitig . . 1.75

**Erfrischungsraum**  
Eigene Konditorei  
Eisgetränke Speiseeis  
Angenehmer Aufenthalt

### Für die Einmachzeit:

Einmachgläser zum Zubinden	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Ltr.
	20	25	30	35	45 Pfg.
Geleegläser	1/2	3/4	1	1 1/2	2 Ltr.
	15	18	22	25	Pfg.
Ansatzflaschen	2	4	6	8 Ltr.	
	0.75	1.10	1.75	2.75	
Fruchtpressen, verzinkt	16.70				12.50
Sattbeutel mit Holzring					1.95
poliert . . . . .					6.75
Messingplanen, 12 1/2 x 9 1/2					
Konservenglas „Adler“					
weißes Glas m. Gummi					
eng 1/2 3/4 1 1 1/2 2 Ltr.	55	60	65	70	75 Pfg.
weit 60 65 70 78 85 Pfg.					
Honiggläser 1/2 1 2 Ltr.	20	25	38		Pfg.
Fruchflaschen mit Verschluss	1/2	1	1 1/2 Ltr.		
	0.95	1.10	1.25		
Konservenschränke	68.00	45.00			38.00
Fliegenschranke . . . . .					21.50
Spiegelglöcher . . . . .					0.55

### Herren-Artikel:

Sommer-Joppen	gedeckte Farben . 6.80	5.80
Sommer-Joppen	hell, Waschrips, Tussor	13.80
Lüster Saccos	dunkelblau und schwarz	12.50
Seidene Selbstbinder	schwere Qualitäten	
	Stück	3.50
Kinder-Schiller-Hemden	gestreifter Zeifr	
Größe 60 70 80 90		2.50 3.— 3.75 4.50
Herren-Oberhemden	mit Kragen . . . . .	4.95

### Poröse Trikotagen

Herren-Netzjackett	1.95 1.50 1.25 0.85
Herren-Netzjackett	Knieknäuel 2.90 2.75 2.40 2.20
Herren-Netzjackett	lang 2.95 2.65 2.40
Herren-Flethemden	4.80 4.25 3.50
Herren-Flethosen	4.75 3.50 3.20
Badeanzüge für Damen, Herren und Kinder	in allen Preislagen
Strümpfe	
Damen-Strümpfe, Baumwolle	schwarz und farbig 95 60 45
Damen-Strümpfe, Seldentlor	farbig und schwarz 2.20 1.95 1.60
Damen-Strümpfe, prima Maco	2.50 1.95 1.65
Damen-Strümpfe, schwere Fior-Qual.	2.90 2.75 2.50
Herren-Socken	einfarbig u. modern gemustert
Posten I Posten II Posten III	45, 75, 95, 1.35, 1.65, 1.90 2.25, 2.50, 2.90
Schweisssocken, grau meliert	1.90 1.50 95 48
Sportstrümpfe	neueste Farbstellungen besonders preiswert
Parfümerie	
Feine Blütendüfte	Stück 15 Pfg., 6 Stück 75 Pfg.
Reiseselle für Touristen	Stück 10 Pfg., 6 Stück 50 Pfg.
Lillensmellselle	Stück 35 Pfg., 3 Stück 95 Pfg.
Feinste Blumenselle	in Karton, 3 Stück 45 Pfg.

# KNOPE

DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE

**STADTGARTEN**  
Freitag, den 19. Juni, abends von 8—10 1/2 Uhr:  
**Konzert des Musikvereins Karlsruhe**

**STADTGARTEN**  
Sonntag, den 21. Juni, vormittags von 11—12 Uhr:  
**Promenade-Konzert**  
(kein Musik-zuschlag)  
nachmittags von 3 1/2—6 Uhr: **KONZERT**. Abends von 8—10 1/2 Uhr: **JOHANNIS-FEIER**, bengalische Beleuchtung des Sees und der Anlagen. Lamplenschmuck des Gartens u. der Bote. Johannistfeuer auf dem See. **KONZERT**, ausgeführt von Feuerwerkstechniker **Kunstfeuerwerk**, W. Fischer, Clebronn, Württemberg. Sämtliche Konzerte werden von der Vereinigung badischer Polizeimusiker ausgeführt werden.  
Eintrittspreise für das Abendkonzert mit Feuerwerk: Nicht-Abonnenten 1 Mk. Abonnenten 60 Pfg. Kinder je die Hälfte. Die Eintrittspreise f. d. Nachmittagskonzert wie gewöhnlich. Geöffnete Eingänge: Nord und Süd, Ost (beim Vierortbad) und Ettlinger Straße 8 (beim Gartenamt). 1199

**109er-Tag**  
am 27., 28. und 29. Juni 1925  
Für die Karlsruher Teilnehmer zum 109er-Tag am 27., 28. und 29. Juni ds. Jrs. werden in folgenden Geschäften Einzeichnungslisten aufgelegt, in die sich die Festteilnehmer gegen gleichzeitige Zahlung des Festabzeichens (Wkt. 3.—) sowie der Festschrift (60 Seiten Hart) einzeichnen:  
**In Karlsruhe:**  
Cigarrengeschäft Bernh. Holz, Karlsruh. 64  
Cigarrengeschäft Bernh. Wehle, Marktpl. 1  
Cigarrengeschäft Giese, Ecke Kaiser- und Karlsruher  
Cigarrengeschäft Anselment, Kaiser-allee 141  
Franz Holzschuh, Weißwaren-geschäft, Werberstr. 48  
Sporthaus Brannath, Durlacher Allee 4  
**In Durlach:**  
Cigarrengeschäft Maier, Ludwig-Wilhelmstr. 20  
Eugen Zanger, am Kaiserplatz  
**In Ettlingen:**  
Herr W. Brädel, Hauptstr. 76  
Feintobhaus E. Fischer, Hauptstr. 46  
H. Schindler, Kaufmann  
Jeder Fest-Teilnehmer muß im Besitze eines Festabzeichens sein.  
Die Festabzeichen berechtigen zum freien Eintritt zu allen Veranstaltungen über die Festtage (Stadtgarten — großes Feuerwerk, Festplatz, Vergnügungs-festern usw.) sowie zur Ausstellung des Regiments-Archivs im früheren Residenzschloß 3714

**Internationale Polizeitechnische Ausstellung**  
Karlsruhe —: Städtische Ausstellungshalle 1198  
Von Freitag, 19. Juni ab, ist der Eintrittspreis für den allgemeinen Besuch auf **50 Pfennig herabgesetzt**  
Die Ausstellung ist täglich geöffnet von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr

**RESI Lichtspiele**  
Waldstr.  
Ab morgen:  
**Moderne Ehen**  
in 5 Akten  
nach Novellen von Felix Salten, Paul Busson, Be'la Balazs.  
**Bei Sid ist eine Schraube los!**  
Grotteske in 2 Akten.

**Plannkuch**  
Für die Salatezeit:  
Feinestes glanzbelles Erdnuß-Öl  
offen 1 50  
Eiter 3700  
Feinestes Speise-Öl  
Eiter 1 30  
Eiter  
Feinestes glanzbelles Erdnuß-Öl  
besonders behandelt und filtriert  
1/2 Flasche 1 40  
1/2 Flasche 80  
einfach Glas  
Weineffig  
Eiter 44  
Eiter  
Efigeffenz  
Zitronensaft  
Plannkuch

**Sport-Artikel**  
jeder Art preiswert und gut  
Sport-Haus Brannath  
Karlsruhe  
Durlacher Tor

**Ettlinger Anzeigen.**  
**Bachreinigung.**  
Die Reinigung der öffentlichen Gehäuser auf tiefer Geniarung erfolgt an den nachberzeichneten Tagen:  
Alb . . . . . vom 22. bis 27. Juni 1925  
Erlen- und Petergraben . . vom 23. Juni bis 4. Juli 1925  
Walcher Landgraben . . . vom 6. bis 18. Juli 1925  
See- und Scheidgraben . . vom 13. bis 27. Juli 1925  
Die Schwollung beim Erlenprobenthor wird am 20. Juni abends 6 Uhr eingeleitet und am 27. Juni abends 6 Uhr wieder entfernt. Für die Reinigungs-gelten die üblichen Anordnungen des Kulturamtes Karlsruhe.  
Ettlingen, den 17. Juni 1925.  
Der Bürgermeister

**Arbeiter-Turn- und Sport-Verein Ettlingen e. V.**  
Anlässlich des 20jährigen Bestehens am Sonntag, den 21. Juni, nachm. 3 Uhr, auf der Freilichtbühne des städt. Walthaldenparkes  
**Großes Schauturnen**  
unter gesanglicher Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Eintracht“ verschiedener Turnvereine und der Musikkapelle Krause.  
Eintritt 50 Pfg. Parköffnung 1/3 Uhr.  
Zu zahlreichem Besuch ladet turnfreundlichst ein  
Der Vorstand  
Abends 8 Uhr Festball in der „Sonne“

An die Abonnenten und Leser dieser Zeitung! • Bei Einkäufen erfordern wir unsere Abonnenten und Leser, die Geschäfte in erster Linie zu berücksichtigen, die in dieser Zeitung inserieren.



☞ **Koch - Vortrag!** ☞

Donnerstag den 18. nachm. 4 und 8 Uhr, Freitag den 19. nachm. 4 Uhr sind die Herde im großen Saale Kaffee Rowad, Ettlingerstr. ausgestellt und werden unter Abgabe von Kostproben im Gas- Baden- Braten- und Kochen vorgeführt von Vortragsdame Frä. A. Stölle der Homannwerke wozu wir Sie ergebenst einladen.

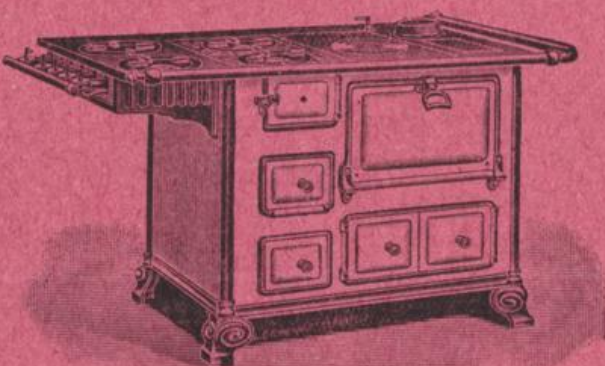
☞ Eintritt frei ☞

☞ Eintritt frei ☞



„Excelsior“-Gasherde 4 Kochstellen, Back- und Grillöfen mit Abstellplatten

**Jedermann**  
ist die Anschaffung bei  
angenehmen  
Teilzahlungs-Bedingungen  
des Städt. Gaswerkes von  
Gasapparaten möglich



„Duplex“ komb. Gas- u. Kohlenherd mit 3 Gaskochstellen, vereinigter Gas- und Kohlenbackofen

Verzäumen Sie nicht die gebotenen Vorteile und lassen sich bevor Sie andere Fabrikate kaufen,

**Homann „Excelsior“ und Homann „Duplex“-Herde**

vorführen und nachstehende Teilzahlungsbedingungen näher bekanntgeben.

**Homann „Excelsior“ und Homann „Duplex“-Gasherde**

vielfach patentamtlich geschützt :: Sind als erstklassige Qualitätserzeugnisse vom Gaswert zugelassen :: In Konstruktion, Leistung und Form höchstvollendet :: Sie vereinigen alle langersehnten Wünsche des Fachmannes und der Hausfrau.

**Homann „Excelsior“ und Homann „Duplex“-Gasherde**

haben rostfreie, leicht herausnehmbare ohne weiteres abwaschbare Doppelparabrenner mit geringstem Gasverbrauch, welche beim geringsten und auch beim höchsten Gasdruck niemals zurückschlagen und trotzdem keine lästige Luftheregulierung haben, also keinerlei Aufmerksamkeit bei der Bedienung erfordern.

**Homann Excelsior-Gasherde**

haben verstellbare Bratofenbrenner, Grillrost, neuartige, kräftige Rahmenkonstruktion, Schnellstochringe, Bügeleisenbrenner, verstellte Kochlochbedel usw.; sie sind solide und dabei hochelegant gebaut.

**Darstellung eines Teilzahlungslaufes!**

1 Excelsiorgasherde Nr. 30/3 mit 3 Doppelparabrenner, Bad- und Grillöfen in eleganter Ausführung	172.—
kostet einschl. 7 1/2 % Zinszuschlag	
Anzahlung 1/6 bei Kaufabschluss von 172.— Am. an die Verkaufsfirma	14.33
Restliche 5/6 werden in 12 Monatsraten vom Gaswert mit der Gasrechnung eingezogen pro Monat	15.76
Verkaufsfirma erhält den Restbetrag 5/6 vom Gaswert ausbezahlt.	

Vorführung und Alleinverkauf für Karlsruhe unter fachmännischer Beratung  
Aufstellung und Anschluß der Herde durch unsere Installationsabtlg.

**— J. LECHNER & SOHN —**

Klauprechtstr. 22 zwischen Karl- und Hirschstraße :: Telefon 4113 Klauprechts'



**Koch-Vorriepf**

Das Vorriepf ist ein sehr nützliches und leicht zu handhabendes Küchengerät, das für die Zubereitung von Suppen, Brühen und anderen Flüssigkeiten geeignet ist. Es besteht aus einem emaillierten Metallblech, das auf vier Beinen ruht und einen abnehmbaren Deckel hat. Die Größe des Vorriepfs variiert von 10 bis 20 Litern Fassungsvermögen.

Preis: 12,- Mark



Das Bild zeigt eine typische Küchenuf- mit einem aufgesetzten Topf. Die Uf ist aus emailliertem Metall gefertigt und hat vier stabile Beine. Der Topf ist mit einem abnehmbaren Deckel versehen.

**Jedermann**

Das Jedermann ist ein vielseitig einsetzbares Küchengerät, das für die Zubereitung von Fleisch, Gemüse und anderen festen Speisen geeignet ist. Es besteht aus einem emaillierten Metallblech, das auf vier Beinen ruht und einen abnehmbaren Deckel hat. Die Größe des Jedermanns variiert von 10 bis 20 Litern Fassungsvermögen.



Das Bild zeigt eine typische Küchenuf- mit einem aufgesetzten Topf. Die Uf ist aus emailliertem Metall gefertigt und hat vier stabile Beine. Der Topf ist mit einem abnehmbaren Deckel versehen.

**Homann „Excelsior“ und Homann „Duplex“-Herde**

**Homann „Excelsior“ und Homann „Duplex“-Gasherde**

**Homann „Excelsior“ und Homann „Duplex“-Gasherde**

**Homann „Excelsior“-Gasherde**

Die Gasherde ist ein modernes Küchengerät, das für die Zubereitung von Speisen geeignet ist. Sie besteht aus einem emaillierten Metallblech, das auf vier Beinen ruht und einen abnehmbaren Deckel hat. Die Größe der Gasherde variiert von 10 bis 20 Litern Fassungsvermögen.

Vorläufige Angaben sind für die Gasherde nicht zu machen, da die Preise von der Ausführung und dem Material abhängen.

**J. LECHNER & SOHN**  
Königsplatz 22, Karlsruhe, Bad. und Prov. Baden  
Telefon 4113, Wiesbaden